

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

50 (16.12.1949)



Die aktuelle Erprobung auf Seite 8. Aktuelle Erprobung auf Seite 8. Aktuelle Erprobung auf Seite 8.

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

VERÖFFENTLICHUNG IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ECONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 50 — 4. Jahrgang — 1944 — Karlsruhe, 16. Dezember 1944 — Preis 50 D-Pfennige

Liberaler Außenhandel?

Nach den Erfahrungen kann nicht mehr geleugnet werden, daß die Wirtschaft unter Schlagworten mehr leidet, als sie von ihnen zu neuen Erkenntnissen gebracht wird. Dabei enthält die...

Einem solchen wirtschaftspolitischen Schlag haben wir in der vorigen Ausgabe an dieser Stelle erklärt, nämlich das Wort „Dekartellisierung“. Heute wollen wir die „Liberalisierung des Außenhandels“ ebenso erläutern, wie den „neuzeitlichen Kapitalismus“.

Nach der prinzipiellen Seite ist vollständig klar, daß es eine Liberalisierung des Außenhandels heute gar nicht geben kann, denn in jedem Land unterliegen Ein- und Ausfuhr der staatlichen Kontrolle und Begrenzung. Es gibt überall Einfuhrkontingente und vor allem gibt es überall Zölle, Sanktionen noch irgendwo ein Einfuhrverbot erhoben wird, solange die Einfuhr der staatlichen Begrenzung unterliegt und solange noch...

Das gleiche gilt für den „neuzeitlichen Kapitalismus“. In Deutschland sind wir in Hinsicht auf den sogenannten „Gesetzten Arbeitgeber“ — Arbeitnehmer sind schon viel näher gekommen, als die Propaganda es erkennen läßt und haben nicht. Wir wissen heute, daß die Mitbestimmung auch Mitverantwortung bedeutet. Nicht die Kreditwürdigkeit eines Betriebes, wie es kürzlich heißt, sondern beim Mitbestimmungsrecht in der Fabrik, zwischen dem beiden Übern...

Zuckerversorgung gesichert

Die Zuckerversorgung im Bundesgebiet scheint bis Ende Juni 1945 gesichert zu sein. Da Aussicht besteht, daß in den Monaten Juli und August noch weitere Kubik-Zuckerimporte erfolgen werden, wäre der Anschlag an das kommende Erntejahr erreicht. Das Bundesernteerzeugnis beträgt jedoch am Mittwoch, daß die Zuckerbewirtschaftung...

Die neue 3-DM-Banknote ist durch ein Kopierwasserzeichen und durch einen in das Papier eingebetteten Metallstreifen, gegen Fälschungen gesichert, teilte die BfL am 7. Dezember mit. Die Hauptfarbe der Banknote ist grün. Dieses Zahlungsmittel wird als erste Banknote die Unterschriften des Präsidenten der BfL, Dr. Vocke, und des Vizepräsidenten, Kommoder, tragen.

Agrarpreise in Bewegung

Zuckersteuer wird gesenkt - Weizenmühlen ohne Mahlgut - Wird der Weizenpreis erhöht? Roggen unter Preis angeboten - Grundstoffpreise höher, Baukosten niedriger - Mehr Insolvenzen

Eine ins Prinzipielle gehende Entscheidung dieser Woche wollen wir an den Anfang unserer Betrachtung stellen: Man wird die Zuckersteuer von 40 auf 30,50 DM senken. Die Begründung beschränkt ein Kernproblem der deutschen Wirtschaftspolitik. Der Bundesernährungsminister erklärte, der Einnahmefall für den Bundeshaushalt, so wie er auf Grund dieser Steuererhöhung entstehen würde, sei ebenso groß wie die Subventionen, die gezahlt werden müßten, wenn bei gleichbleibendem Steuersatz die Importe stiegen.

Bei der Landwirtschaft befinden wir uns seit langem zwischen Skylla und Charibdis, nämlich zwischen den beiden Übeln: Subventionen aus Staatsmitteln (um den Weizenpreis billig zu halten) und Importgleichgewichtshöhen (die den Preis in Deutschland hoch halten). Wir sagen, daß dies ein Kernproblem der deutschen Wirtschaft ist, auch über den Agrarsektor hinaus. Zum Teil sind wir auf diese Probleme bereits in den obenstehenden Leitartikeln eingegangen, zum Teil kommen wir darauf zurück, wenn wir von der Erhard-Rede in Newyork sprechen.

Sorgen um den Weizen

An dieser Stelle interessiert uns nur, daß im Falle der Zuckersteuer ein Weg gefunden wurde, der gangbar ist und der auch die SPD befriedigt hat. Weniger befriedigend ist das Weizenproblem. Die Mühlen sind schon seit langem ohne Mahlgut. Ausländischer Weizen kommt nicht herein und die deutschen Bauern liefern, wie sich auf der Mannheimer Produktionsreise am Mittwoch wieder gezeigt hat, keinen Weizen an, weil sie mit den amtlichen Preisen nicht zufrieden sind. Richtiger ausgedrückt würde es heißen müssen: Weil sie eine Erhöhung der Weizenpreise aus den schon in der vorigen Woche an dieser Stelle erwähnten Gründen erwarten. Die Lage scheint sich zu entspannen. Wie man hört, sollen die Hochkommissare die Einfuhr ausländischen Weizens davon abhängig machen, daß die Bundesregierung am 1. Januar keine Subventionen zur künstlichen Niedrighaltung des Weizenpreises zahlt. Trotz dieser unangenehmen und politisch nicht ganz ungeliebten Situation gibt es auch hier eine Möglichkeit, zwischen dem beiden Übern...

Auch in Baden hält der Preisdruck weiter an. Sehr erfreulich ist die Entwicklung bei Schlachtwild. Im 3. Quartal dieses Jahres hat der Fleischanfall um 117% gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit zugenommen (rund 177 000 Tonnen gegen rund 82 000 T.). Die schwarzen Schweine sind also nunmehr durch die Statistik gefaselt; auf diese Weise sieht man wenigstens, wieviel Schweine schlachtet und — der freie Markt ist eben doch durchdringlicher als der unfreie. Man rechnet in Fachkreisen für die kommenden Wochen mit einer weiteren Zunahme der Auftritte. Bei den Rindern sind die Auftritte dagegen rückläufig. Bestes und gute Tiere sind am Markt knapp, weil diese Qualitäten außerhalb der Märkte einen besseren Preis finden. Daß der offizielle Butterpreis erhöht werden soll, berichten wir in der vorigen Woche.

Keine Preissteigerung

Interessant ist, daß auf den freien Warenmärkten das Weihnachtsgeschäft ohne Einfluß auf die Preisgestaltung auch jetzt noch bleibt. Gerade noch eine Woche trennt uns von dem Fest, aber die Umsätze sind kaum nennenswert. Nur bei Butter sind die Preise, aber ganz leicht nur, gestiegen. Trotz der Herbstzeitung der Butterproduktion auf 150 t für Dezember. Während auf dem freien Markt das Angebot an Butter verhältnismäßig knapp ist, kommen in den Großstädten Leute vom Lande...

Keine Kreditrestriktion!

Auch die monetäre Lage hat sich entspannt. Der Zahlungsmittelumsatz ist mit 2,4 Milliarden Ende November etwa um den Stand der letzten Monatsenden geblieben, immerhin ist er um rund 600 Mill. höher als vor einem halben Jahr. Während diese Zahlen gedruckt werden, tritt der Zentralbankrat zum letzten Mal vor Weihnachten zusammen, um noch einmal zu beraten und um den Bericht des großen Amerikareisenden entgegenzunehmen. Die Kreditwachstumsraten sind in den letzten Monaten größer geworden, und es gibt, wie unsere Leser wissen, einige Stimmen in diesem Bankrat, die dafür sind, noch vor Weihnachten einer weiteren Erhöhung des Kreditvolumens Grenzen zu setzen. In seiner Sitzung am 7. Dezember hat der Bankrat ebenfalls geprüft, aber festgelegt, daß die sprunghafte Ausnutzung des Kredits zum größten Teil mit der gegenwärtigen Zahlungsmittel- und Devisenausgleichsverfahren zusammenhängt. Aus diesem Grund sah der Zentralbankrat keinen Anlaß zu kreditrestriktionen. Wir haben an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen, daß keine Veranlassung zu Kreditrestriktionen besteht. Wir müssen sich heute wieder warnen, diese Dinge überhaupt zu diskutieren. Die Wirtschaft ist an der unnatürlichen Erhöhung des Kreditvolumens nicht schuld, nur darf sie dies nicht auch nicht töben lassen. Eher sollte man sich für sorgen, daß durch eine andere Zahlungsmittel- und Devisenpolitik die künstliche Aufblähung des Kreditvolumens bei der Importfinanzierung wieder abgebaut wird. Mögen einige Banken die Akzeptkreditgewährung übermäßig ausgedehnt haben; das kann man durch Zurückrufen der einzelnen Institute innerhalb Einiges erreichen. Schließlich muß man ja auch an die Selbsthilfe denken, die nach den neuesten Zahlen 311 Mill. DM gebracht hat, stieg davon wird nicht indirekt über den Akzeptkredit gegangen sein. Das hat sich allmählich von selbst ab. Man muß sich allem dafür sorgen, daß im Januar keinesfalls durch Sonderaktionen der Bank deutscher Länder die natürliche Rückentwicklung der Umsätze verhindert wird. Wie unsere Leser wissen, sehen wir keinen erheblichen Rückschlag im Januar, etwa ähnlich dem dieses Jahres. Im Gegenteil, es sprechen mehrere Momente dafür, daß im Januar der autoritative Rückgang nach Weihnachten (vor allem im Umsatz des Einzelhandels) von der Fabrikationsseite her kompensiert wird. Vielleicht wird deshalb das Kreditvolumen auch im Januar nicht erheblich abnehmen, sondern sich nur verlagern von dem aus dem Weihnachtsgeschäft zurückgezogenen Einzelhandel auf die Industrie wegen ihrer Produktionsausweitung — aber hier wird es wohl die Bank deutscher Länder nicht restriktiv eingreifen lassen!

Kompetenzen des Zentralbankrats

Immerhin sei an dieser Stelle ein, auch den Wirtschaftler sehr interessierendes Publikum erwähnt: Die Kompetenzen des Zentralbankrats. Es wird sich als notwendig erweisen, diese Kompetenzen noch einmal zu überprüfen und eine Änderung vorzunehmen, wenn sich herausstellt, daß die Bundesregierung nicht die oberste Entscheidung in wichtigen Fragen hat (besonders in wichtigen Fragen der Zentralbankrat die Aufwertung von Altpapierwerten ab). Diese Kompetenzen könnten auch von Wichtigkeit werden bei Kreditmaßnahmen des Zentralbankrats, die die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung stören könnten.

„Wirtschaftspolitische Wende“
Gehen wir in diesem Zusammenhang kurz auf die Bemerkung des Bundeswirtschaftsministers Erhard ein, die er kürzlich in Newyork auf einer CDU-Versammlung machte. Er sprach von einer wirtschaftspolitischen Wende von gleicher Bedeutung wie die Währungsreform. Das war seine Charakterisierung der aussergewöhnlichen Wende. Er meinte, diese Wende verlange die Liberalisierung des Außenhandels und die Komplette Dekartellisierung der deutschen Wirtschaft. Sollten wir etwas Wasser in diesen Wein, zunächst einmal die Kartellierung, wie könnten wir von einer Liberalisierung des Außenhandels eine Wende vorstellen (ob sie allerdings so günstig ausfällt, wie Herr Erhard meint, wissen wir zu bezweifeln — auch der obenstehenden Leitartikel), mit der Dekartellisierung werden die „alten Türen“ eingemauert, wo sie geöffnet sind, und so die verschlossenen Türen geht man nicht, denn das sind heilige Prioritäten (siehe unseren Leitartikel in der vorigen Ausgabe). Eine Wende kann also davon nicht erwartet werden. Aber Herr Erhard meint ja, es sei eine Wende einsetzten, die verlangt, daß man... Worin sieht er diese Wende? Wir entwickeln uns langsam aber sicher aufwärts, unsere Produktion steigt und die Zahl der Beschäftigten. Das hat sich bisher nicht geändert und es scheint so, daß es so weitergeht. Darin wollen wir auch gar keine Wende. Nur in einem winzigen Teil der Wirtschaft eine Wende, der Abbau der Steuern. Damit würde sich eine weitere Wende vollziehen: sie würde dem ausländischen Wirtschaftler die Möglichkeit geben, weiter anzukommen, zu bleiben. Die Steuern müssen herunter, sonst ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß eine Wende nach unten kommt. Wenn heute der einzelne Fabrikant um hunderttausend DM neu investieren zu können, erst 200 000 bis 300 000 DM verdienen muß, dann kann man sich über die langsame Kapitalbildung und die noch langsameren Investitionsfähigkeit nicht wundern. Es besteht in die Hoffnung auf eine Steuerreduktion, aber es wäre gut, wenn man die Wirtschaft bald wissen ließe, ob sie kommt, wie groß sie sein wird, mit einem Wort, ob sie echt ist.

Grundstoffpreise steigen

Wir wollen doch nicht verkennen, daß die Steuern ein Kostenfaktor sind. Wir sind davon gar nicht entlastet, daß der Preis für Grundstoffe von Oktober bis auf den November weiter gestiegen ist (von 190 auf 197). Er liegt damit um 7% über dem Monat der Währungsreform. Wollen wir anerkennend erwähnen, daß im November die Mehrzahl der Einzelhandelspreise unverändert blieb. So kann dies aber auf die Dauer nicht weitergehen.

Baukosten sinken

Auf einem Sektor behält sich jetzt eine ganz vernünftige Entwicklung anheim Wohnungen. Der Wiederaufbauminister hat erklärt, daß das beschriebene Programm für das nächste Jahr zu Ende sein wird, so wie er, von den 4,7 Mrd. DM Bauausgabenkosten die Hälfte eingespart, so könnte man 90 000 Wohnungen mehr bauen. Aus Württemberg-Baden hören wir, daß sich die Wohnbaukosten seit Mai um insgesamt 1,5% erniedrigt haben, obwohl die Löhne in der gleichen Zeit um 2,1% gestiegen sind, aber die Preise für Baustoffe gingen um 0,5% und die Kosten der Handwerkerarbeiten um 4,6% zurück. Insofern liegt der Baustoffindex im Verhältnis zu 1938 bei 101 und im Verhältnis zu 1913 bei 125.

Das Weihnachtsgeschäft läuft gar weiter. Einige Branchen, z. B. Möbel und zum Teil Bekleidung mußten Überstunden einlegen, um termingerecht liefern zu können. Jedoch sind die Aufträge...

Ein Mißgriff

Zum Schluß noch eine bedeutsame Meldung: 2 deutsche Arbeiter, die im November im Ruhrgebiet an einer Fabrik Plakate gegen die Demontage angebracht hatten, wurden zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein etwas pathetisches Urteil, da doch die Arbeiter durch die politische Entwicklung und die Entscheidungen auf dem Petersberg nachträglich gerechtfertigt sind. Es wäre besser gewesen, dieses Verfahren vor der Gerichtsverhandlung einzustellen.

Die nächste Ausgabe der „Wirtschaftsrevue“ erscheint als Jahresabschlussnummer am 27. Dezember 1944.

Deutscher Ost-West-Einzelhandel auch für USA von Vorteil

Das Interview, welches der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Josef Müller einem Berichterstatter des sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunks gewährte, hat in Wirtschaftskreisen den am Ost-West-Handel interessierten ein starkes Echo gefunden. Dr. Müller erwähnt darin, er habe in Gesprächen mit Amerikanern dargelegt, daß eine Koordination der Ost-West-Deutschen Wirtschaftspolitik auch für die Weltwirtschaft und für die Wirtschaft der anderen europäischen Länder von Vorteil sei. Er erklärte: „Es bedeutet für Amerika einen wirtschaftlichen Vorteil, wenn wir unsere Produkte an Ostmarkt, auch an russischen und Balkanmarkt, absetzen können, denn dadurch wird die Hilfe, die Amerika gibt, und zwar sowohl die staatliche Kredithilfe wie die privaten Kredite für Wirtschaftsinvestitionen, die Früchte tragen.“

In dieser Nummer

- Sociologie der Welt
- Jagd nach Uran
- Krise der Lederhandelsindustrie
- Bilateralismus — Multilateralismus
- Über die Konserve zur Weißbrot-Weinwirtschaft
- Belgische Kohlenkrise überwunden
- Türkei wartet auf deutsche Waren
- Argentinien schließt seine Elektroindustrie

und Vergleichsverfahren von 61 im September auf 69 im Oktober und auf 94 im November.

Die statistische Steigerung der Arbeitslosigkeit hat an, insbesondere bei Land- und Bauarbeitern, aber auch bei Gastarbeitern, die sich in der letzten Woche in der Statistik als Arbeitslose in der Statistik im Monat November um rund 71 000 auf 1 388 000 erhöht. In Nordrhein-Westfalen liegt die Ursache im Mangel an Investitionskredit, so wie es sich um Entlassungen unterschiedlicher Art handelt; wenn trotzdem Massenentlassungen verhindert werden könnten, so war dies durch eine Verlagerung von der langfristigen zur kurzfristigen Finanzierung ermöglicht. Jedoch eine Zahl scheint untypisch. In Südwürttemberg-Badenmühlern stieg im November die Zahl der Arbeitslosen um 3103 (auf 10 368) und die Zahl der Beschäftigten stieg ebenfalls, und sogar um mehr, nämlich um 3700 (auf 322 561). Diese Gegenüberstellung zeigt besser als alle Worte, wie wir wirtschaftspolitisch die Arbeitslosigkeit zu beurteilen haben.

Ein Mißgriff

Zum Schluß noch eine bedeutsame Meldung: 2 deutsche Arbeiter, die im November im Ruhrgebiet an einer Fabrik Plakate gegen die Demontage angebracht hatten, wurden zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein etwas pathetisches Urteil, da doch die Arbeiter durch die politische Entwicklung und die Entscheidungen auf dem Petersberg nachträglich gerechtfertigt sind. Es wäre besser gewesen, dieses Verfahren vor der Gerichtsverhandlung einzustellen.

Die nächste Ausgabe der „Wirtschaftsrevue“ erscheint als Jahresabschlussnummer am 27. Dezember 1944.

Deutscher Ost-West-Einzelhandel auch für USA von Vorteil

Das Interview, welches der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Josef Müller einem Berichterstatter des sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunks gewährte, hat in Wirtschaftskreisen den am Ost-West-Handel interessierten ein starkes Echo gefunden. Dr. Müller erwähnt darin, er habe in Gesprächen mit Amerikanern dargelegt, daß eine Koordination der Ost-West-Deutschen Wirtschaftspolitik auch für die Weltwirtschaft und für die Wirtschaft der anderen europäischen Länder von Vorteil sei. Er erklärte: „Es bedeutet für Amerika einen wirtschaftlichen Vorteil, wenn wir unsere Produkte an Ostmarkt, auch an russischen und Balkanmarkt, absetzen können, denn dadurch wird die Hilfe, die Amerika gibt, und zwar sowohl die staatliche Kredithilfe wie die privaten Kredite für Wirtschaftsinvestitionen, die Früchte tragen.“

Soziologie der Seife

Verbrauch viel niedriger als vor dem Kriege - Die Lager beim Einzelhandel quillen über - Für den Fabrikanten haben sich die Kosten stark erhöht, aber für den Verbraucher sind die Preise zu hoch - Eine Seifenfabrik beginnt mit der Preissenkung

Die Deutschen sind ein sauberes Volk, aber früher waren sie sauberer. An dieser Feststellung hängt kein Vorwurf, es allezeit ein moralischer. Es gibt sehr handfeste Gründe dafür, daß der Verbrauch an Seife jetzt viel niedriger ist als in „normalen Zeiten“. Das Budget der Hausfrau ist auf äußerste eingeeignet. Die Badezimmer sind auf ein Minimum reduziert, was wiederum, wenn nach dem Apokryphum eines geschwollenen Seifenindustriellen, die Badewanne das Grab der Toiletteseife ist. Der Besitz der Bevölkerung an Textilien, vor allem an Wäsche, ist durch einen fortgeschrittenen ökonomischen Ausbreitungsprozess und auch durch den Gebrauch schädlicher Waschmittel im Kriege so sehr vermindert, daß nicht mehr viel da ist, was man waschen könnte. Hemden und Bettlaken werden viel seltener gewaschen als früher. Durch eine zehnjährige Seifenwirtschaft, der schon vor dem Kriege eine Verschlechterung der Qualität vorausgegangen war, wurden die Menschen zu einer wenig erfreulichen Seifenempfindlichkeit gezwungen und schließlich an sie gewöhnt. Sogar gibt es ein- andererseits nicht durch Pressen und Rundfunk geleitete Propaganda, die aus der Mangelange eine Tugend machte und junge Leute zu Überzeugungen suchte, daß großzügiger Seifenverbrauch Luxus und schlimmeres sei. Und zu all dem kommt noch eines, vielleicht das Wichtigste: die Seife ist teurer, viel teurer als in den erwähnten normalen Zeiten, dagegen sind die Einkommen fast überall niedriger, in manchen Bevölkerungsschichten sind sie auf einen Bruchteil gefallen.

Die Seife, die vielleicht wenig konkurrenzempfindlich ist, scheint sehr sozialempfindlich zu sein, wenn man so sagen darf. Jedenfalls lag der Verbrauch an Haushalts- und Toiletteseifen vor 20 Jahren in den Westländern bei 1000 Tonnen im Monat, während sich heute eine Produktion von 4500 Tonnen in den Schaufenstern der Einzelhändler türmt und nur zum Teil abgesetzt werden kann. Hier erhebt sich die Frage von der menschlichen Seite, ein großer Produktionszuwachs mit einer Jahreserzeugung von etwa 450 Millionen DM ist davon betroffen. Betroffen sind weiterhin Groß- und Einzelhändler. Betroffen ist schließlich die Volkswirtschaft, denn darüber besteht kein Zweifel, daß Hunderte von Krankheitsfällen, vor allem die Infektionen, verheerend pogonisch zum Seifenverbrauch reagieren.

Bis vor wenigen Monaten war die Seife rationiert. Bei der allgemeinen Mangelange war das nicht zu verwundern. Zwar war bei manchen die Seifensucht nach einem ansehnlichen Stück Toiletteseife damals größer als nach einem Pfund Butter, aber trotzdem mußte meist das Fett für die Ernährung importiert werden. Dann kam vor einem Jahr, zum erstmalig ein großes Quantum Fett, neue Fettsäure, für die Seifenproduktion herbeigeführt. Das Seifenwasser, braudt man, was oft übersehen wird, sehr viel Fett. Der Anteil dieses und der anderen ausländischen Rohstoffe am Endprodukt beträgt bei Haushaltsseifen 60 Prozent, bei Toiletteseifen 90 Prozent. Daraus ergibt sich ein Devisenproblem für Fettsäuren in der Größenklasse von 11 bis 18 Mill. Dollar im Jahr, solange die Waschmittel (Waschpulver) durchwegs aus indischen synthetischen Fettsäuren hergestellt werden. Würde man auch die Waschmittel aus importierten Fettsäuren herstellen und zu dem allen Fettgehalt zurechtkommen, könnte sich der Devisenverbrauch vielleicht verdoppeln, während die deutsche Fischer-Tropfen-Synthese, bei der die zur Herstellung der Waschmittel verwendete Fettsäure abfällt, einen Rückschlag erliden würde. In dieser Frage zeigt sich schon das Preisproblem. Die indische synthetische Fettsäure ist erheblich teurer als die importierte natürliche. Doch sprechen, wie man sieht, sehr ernste Gründe dafür, zunächst das bisherige Verfahren beizubehalten.

Die Frage der Preise ist aber auch bei den Haushalts- und Toiletteseifen überhaupt ein zentraler Gesichtspunkt der Kern der Sache. Vielesicht wird Aufklärung und Reklame auf längere Sicht den aus hygienischen Gründen erwünschten Wiederaufstieg des Seifenverbrauchs erreichen, vielleicht wird auch die allmähliche Wiederverstellung von Badegeländen und die steigende Textilversorgung dazu beitragen, während die Sparzwangheiten der Bewirtschaftungsstellen langsam in Vergessenheit geraten müssen - die fundamentalen Tatsache bleibt bestehen, daß die Seifenpreise mit den Möglichkeiten eines durchschnittlichen Familieneinkommens irgendwie im Einklang stehen müssen. Wenn ein Stück Toiletteseife, das früher 30 bis 40 Pfennig gekostet hat, heute eine Mark kostet, dann kann der Mensch, der niemals mehr, in den allermeisten Fällen aber weniger verdient als vor dem Kriege, diese Seife nicht kaufen. Er ist gezwungen zu sparen und außerdem zu billigeren Sorten überzugehen, d. h. Haushaltsseife anstatt Toiletteseife zu verwenden.

Die Seifenindustrie, die wohl nach Aufhebung der Beschränkungen mit einem Anstieg des betrieblichen Kaufkraftverhältnisses rechnen konnte, mußte sich über das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Seifenpreisen und über seine Folgen von Anfang an klar sein. Die 400 Produzenten Westdeutschlands, wovon sich etwa 30 Großbetriebe mit ungefähr 75 Prozent der Produktion befinden, waren freilich in einer Zwangslage, denn bei dem hohen Anteil des Endprodukts an der Seife mußten sich die Preissteigerungen der Rohstoffe

Fettsäuren auf dem Weltmarkt, die teilweise zur Vervier- und Verfünffachung der Vorkriegspreise führten, zu einem sehr hohen Prozentsatz in den Seifenpreisen auswirken. Wal-Trans. z. B. der neben den verschiedensten pflanzlichen Fetten zur Seifenherstellung benutzt wird, stieg von 18 bis 21 auf 100 Lat. je Tonne, und erst in letzter Zeit, jedenfalls nach dem ersten großen Rückgang auf dem Weltmarkt, sind Rückgänge auf dem Weltmarkt eingetreten. Auch sind die Kosten des Produktionsprozesses im Hinblick der zahlreichen Lasten, die sich aus dem deutschen Nachkriegsleben ergeben, im Hinblick der überhöhten Steuern und des Mangels an Kapital zur großzügigen Erneuerung der Anlagen, gewiß höher als vor dem Kriege. Somit mögen die Preise objektiv gerechtfertigt sein. Sie sind jedoch, wie sich gezeigt hat, subjektiv untragbar. Zuletzt hat es keinen Zweck, auf noch so berechtigten Preisens sitzen zu bleiben, wenn dies un-

wesentlich zu einer Schrumpfung der Produktion und damit zu einer neuen Vertiefung durch Ansteigen der festen Kosten führen muß.

Es scheint, daß diese Überlegung, der sich kein ökonomisch klar denkender Mensch entziehen kann, sich jetzt im Hinblick der überquellenden Schaufenster der Drogerien und Seifenhändler durchzusetzen beginnt. Der wichtigste deutsche Seifenproduzent hat den Anfang gemacht und mit einer sehr wesentlichen Preiserhöhung, die von 25 bis zu 40 Prozent geht, einen scharfen Schlag gegen die Stagflation im Seifenabsatz geführt. Es ist kaum ein Zweifel, daß dem ein allgemeines Nachgeben der Seifengüter auf der ganzen Linie folgen wird. Es ist der richtige Weg, um ein nicht nur für Seifenindustrie und -handel, sondern für die Allgemeinheit schwerwiegendes Problem zu lösen. Der Weg, der aus gewöhnlichen Sauberkeit zurückführt.

Jagd nach Uran

In Estland wird die Erde durchgewühlt - Ein Riesenaufwand von Zwangsarbeitern - Das Uran geht selbstverständlich nach Sowjetrußland; es kostet ja nichts

Die alte Luthersche Erbsen, bedürftig nicht nur durch den Reformator, sondern weltbekannt durch einen mehr als 1800-jährigen Kupferbergbau im Massif des Cevennes, dürfte einem aufgeschütteten Bleischwarm gleichen, da die nach dem Krieg ins Leben gerufene sowjetische Wamuth A.-G., die ihren Hauptsitz in Aue im Erzgebirge hat, in ihre Mäuren eingegraben ist. Wie es heißt, haben sowjetische Sachverständige in Estland und seiner Umgebung das Vorhandensein von Uranvorkommen festgestellt, die sich bis zum nahegelegenen Paldisk hinziehen. Die Wamuth A.-G. hat sich im Finanzamt heimlich eingeschrieben, um aus dieser Stadt und ihrer Umgebung ein neues Aue zu machen. Sämtliche verfügbare Arbeitskräfte in und um Estland wurden „für den Uranerzabbau erteilt“, und jeder Mann weiß, was das bedeutet. Man hat, wie berichtet wird, sogar schon mit dem Abtransport von Erz zur Auswertung nach Aue begonnen.

Die Suche nach Uranerz ist in der sowjetischen Besatzungszone offenbar schon zu einer Krankheit geworden. Daß die Kupferschieferflöze von Mansfeld Spuren von Uran führen, ist keine sowjetische Entdeckung. Diese Tatsache ist seit langem bekannt. Es handelt sich eben nur um Spuren, deren Gewinnung jeder technischen Denkwürdigkeit ist. Eine Gewinnung ist auf wirtschaftlicher Basis nicht möglich. Man kann nur, wie man es seit vielen Monaten schon in Aue tut, mit einem Riesenaufwand von Zwangsarbeitern, deren Bezahlung im übrigen auf Reparationskonto geht, demnach auch im Mansfeldischen die deutsche Erde durchwühlen. Estland wird wie Aue ein Meer in Baracken kasernierter Arbeitsklaven erhalten, mit all den Folgen für eine Gegend, die sich seit Jahrhunderten friedlich von Kupferbergbau ernährte.

Seit der Entdeckung des Urans durch Klaproth vor 160 Jahren hat die Wissenschaft zwar mehr als 90 uranhaltige Mineralien aufgefunden, von denen auch einige in Spanien in Deutschland gefunden werden, doch beträgt der Anteil dieser Mineralien an der gesamten Erdoberfläche nur ein zehntausendstel Prozent, und Deutsch-

land ist von der Natur sehr reichhaltig mit solchen Vorkommen bedacht, die sich nur an wenigen Stellen der Erde, so Joachimthal, in Belgisch-Kongo, in Kanada und USA in großen Lagern finden.

Nun wird in Estland und seiner Umgebung die gleiche feberhafte Suche nach mikroskopisch kleinen Erzkörpern begonnen, die seit vielen Monaten in der Umgebung von Aue betrieben wird, und die unter Vermeidung aller im Bergbau üblichen Sicherheitsmaßnahmen vor sich geht. Bei der Verfallung an der Tagesordnung sind.

Die tschechische Presse wird wie bisher schon, auch im Falle Estlands von keinen „Aktivisteneinstellungen“ zu berichten wissen. Sie wird sich in ihren Berichten auf die paradiesischen Zustände im Uranerzabbau, auf die hohen Löhne und die gute Verpflegung beschränken. Die Förderergebnisse werden noch nicht einmal in Belgrad bekannt gemacht werden, denn das Arbeitergeheimnis, und das kann nicht verschleiert werden, kommt restlos der Sowjetunion zugute.

Hunderttausende Flüchtlinge aus Aue haben über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Aue berichtet, und die Welt weiß, wie hier ein „Arbeiterstaat“ die Arbeitskraft des deutschen Arbeiters in einer Weise ausbeutet, die in der sog. kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht denkbar ist.

Die Sowjetunion verfügt auf ihrem riesigen Territorium über Vorkommen uranhaltiger Erze, die die kümmerlichen deutschen Vorkommen, wenn man sie überhaupt von Vorkommen im herkömmlichen Sinne sprechen kann, bei weitem übertreffen. Trotzdem wählt man seit Jahren die Erde in und um Aue um und wird für die Folge auch in Estland keinen Stein auf den anderen lassen, um mit einem Riesenaufwand praktisch kostenloser Arbeit für die Sowjetunion einige Milligramm des begehrten und kostbaren Stoffes zu gewinnen. Man weiß, daß die Zeit dringt, daß sein Einfluß in Europa im Schwänden ist. Das ist der Grund für die Eile, die man an dem Tag legt, um als Sieger und bester Freund des Besiegten die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeiter in der schonungslosesten Weise auszubeuten. G. T. Weg.

Klare Worte auf der Klöckner H.V.

„Niemand wird seine Ersparnisse in eine Industrie geben, die mehr oder weniger vogelfrei ist“

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Klöckner-Werke AG, Oberbürgermeister a. D. Dr. Jaros, Duisburg, übte in der Hauptversammlung der Gesellschaft am 6. Dezember scharfe Kritik an den bisherigen Eingriffen in die westdeutsche Maschinenindustrie. Die durch den Krieg schwer getroffene Rührindustrie hätte sich aus eigenen Kräften neu aufbauen und mit Opfern, aber sicher durchsetzen, wenn man sie unbehindert arbeiten lassen. Nach Ansicht von Dr. Jaros können die Klöckner-Werke den Vorwurf einer übermäßigen Konzentration nicht auf sich beladen. Trotz aller Sorgen auf Grund der bisherigen Betretung, gebe die Klöckner-Verwaltung die Hoffnung nicht auf, daß bei gegenseitiger wohlwollender Führungnahme noch eine stützliche Lösung des Neuordnungsproblems gefunden werden könne. Da in Deutschland eine Kapitalbindung nur eigenen Erträgen z. Z. kaum möglich ist, müsse die unbedingt notwendige Beschaffung neuen Eigen- oder Fremdkapitals von dritter Seite her erfolgen. Kein Kapitalgeber werde jedoch seine Ersparnisse einer Industrie zur Verfügung stellen, bei der seine Einlage mehr oder weniger „vogelfrei“ sei.

Nach Angaben von Dr. Jaros kann trotz beträchtlicher Kriegs- und Nachkriegsschäden, das Gesellschaftsvermögen der Klöckner-A. G. in Höhe des Aktienkapitals in wesentlichen als geteilt betrachtet werden. Ein unverständliches Urteil über den inneren Wert des Gesellschaftskapitals sei im Hinblick auf den noch unbekanntem endgültigen Lastenausgleich und die Auslegung des DM-Bilanzgesetzes schwer.

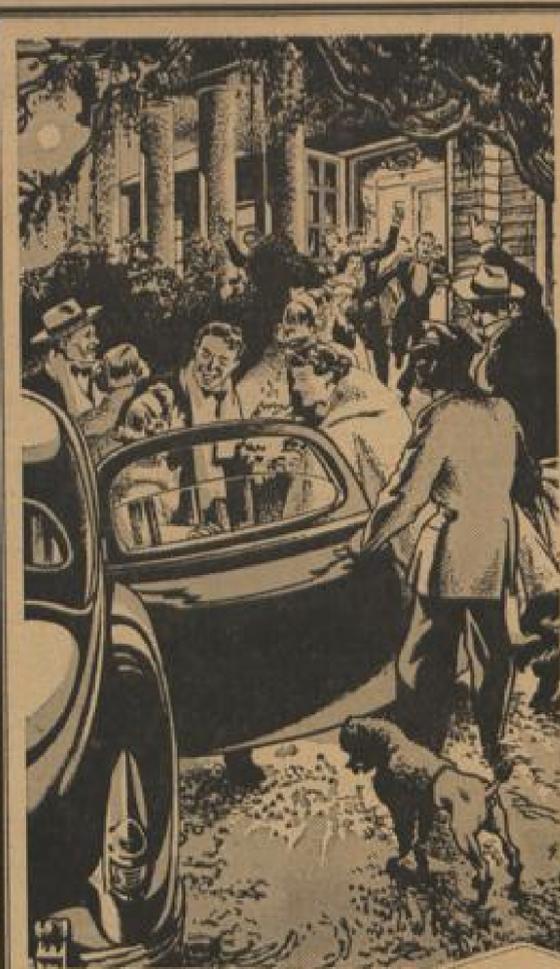
Dr. Henle vom Aufsichtsrat der Gesellschaft teilte auf der Hauptversammlung mit, daß die Klöckner-A. G. seit dem Geschäftsjahr 1944/47 ihre Produk-

tion um 140% gesteigert habe. Der Verlust des westdeutschen Marktes zwinge die Gesellschaft, in verstärktem Maße ihre Aufmerksamkeit dem Export zuzuwenden. Das Unternehmen habe alle Beziehungen wieder aufgenommen und teilweise neue anzubahnt.

Die Klöckner-Humboldt-Deutz A. G., deren Aktienkapital sich fast völlig im Besitz der Klöckner-Werke befindet und die mit dieser Gesellschaft durch einen Interessengemeinschaftsvertrag verbunden ist, konnte seit der Währungsreform ihre Belegschaft um 2200 Arbeitskräfte vergrößern, wie in der Hauptversammlung des Unternehmens von Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Henle, Düsseldorf, mitgeteilt wurde. Gegenüber dem Geschäftsjahr 1946/47 sei der Belegschaft um 37% vergrößert und damit eine Produktionssteigerung um 140% erzielt worden. Der Verlust der ostdeutschen Absatzmärkte zwinge die Gesellschaft verstärkt, ihre Aufmerksamkeit dem Export zuzuwenden.

Die Klöckner in den Finanzpositionen, Rückstellungen, Anschaffungen, Forderungen und Verbindlichkeiten, habe zu einer solchen Erhöhung der freien Umlaufvermögen beigetragen geführt, daß die vorgelagerte Bilanz zum 30. 11. 47 durch kriegsbedingte, zweifelhafte Wertpapiere kaum mehr belastet werde. Der erste Entwurf einer RM-Schuldensatzung und der Rohaufstellung einer DM-Eröffnungsbilanz ließe erkennen, daß sich das 1946/47 erzielte Ergebnis nicht unwesentlich verbessern werde.

Nach Genehmigung der Abschüsse für 1946/47 bis 1948/47 wurde Dr. Karl Jaros, Duisburg, Bankier, Freiherr Waldemar von Oppenheim, Köln, und sein Vertreter der Belegschaftsseite in den Aufsichtsrat gewählt.



Frohe Feste
feiern auch wir
und bei solchen Gelegenheiten
bereiten wir unseren Freunden
und Gästen besondere Freude,
wenn wir für sie die
FOX
in der PRESENTPACKUNG wählen

**TABAKLAND VIRGINIA
und TABAKLAND ORIENT**
geben ihr Bestes
zum Besten der FOX



FOX Präsentpackung
(PREIS DM 6.-)

Krise in der Lederhandschuh-Industrie

Branche übersetzt - Umrechnungskurs verhindert Export

Wir haben gegenwärtig in den Westländern etwa 120 Herstellungsbetriebe der Lederhandschuhindustrie, die zusammen rund 600 Handschuhmacher beschäftigen. Vor allem Nahrungsmittel (Maschinen- und Handnaht) werden von den Lederhandschuhfabriken vielfach an Heimtextil- und Naharbeitern gegeben. Die dort beschäftigten Näherinnen und Heimarbeiter eingerechnet hat die westdeutsche Lederhandschuhindustrie gegenwärtig etwa 4500 Arbeitskräfte. Die wichtigsten Produktionszentren liegen in Ebingen, Stuttgart, Balingen, Metzingen, Weiler, Erlangen und München.

Die Rohstoffzufuhr macht heute keine Schwierigkeiten mehr. Das Inlandsangebot an Kleintierhäuten ist in den letzten Monaten besser gewesen, doch muß die Mehrzahl der rohen und gerichteten Felle aus dem Ausland importiert werden. Eingeführt werden besonders Schweinhäute (vielfach amerikanische Sumatraerweine) sowie Ziegen- und Ziehwolle. Bis früher aus Thüringen bezogen wurden, das bei Inlandzufuhr heute nicht mehr gebräuchlich ist, werden sie aus Spanien, Italien und Griechenland importiert. Die eingeführten Kleintierhäute liegen preislich günstiger als die auf dem Inlandmarkt angebotenen Kanin- und Kaninellen. Die früher an Stelle der fehlenden Ziegenfelle vertrieben wurden, sind nicht mehr gefragt. Ebenso werden Fischhäute nicht mehr verlangt. An Veredlungsstoffen werden vor allem Eizell, Arsenik, Gerbstoffe und Farbstoffe eingeführt.

Neben der eigentlichen Handschuhherstellung, die zum Teil auf handwerklicher Basis durchgeführt wird, betreiben die Lederhandschuhfabriken vielfach eigene Gerbereien und Färbereien. Die betriebliche Ausstattung beträgt im Schnitt etwa 60%. Bei einem Ausmaß von jährlich 4 Millionen Paar Handschuhen können von Inlandmarkt aber nur etwa eine bis eineinhalb Millionen Paar aufgenommen werden. Zwei bis dreieinhalb Millionen Paar müssen damit exportiert werden. Durch den Dollar-Umrechnungskurs wird der Lederhandschuhexport jedoch völlig lahmgelegt, da es nicht möglich ist, z. B. Zwei-Zoll-Leder-

handschuhe teurer als für 1,80 Dollar zu exportieren. Vor dem Kriege wurden 90 bis 75% der gesamten Produktion ins Ausland verkauft, heute ist das Exportgeschäft, trotz der starken Auslandsnachfrage nach deutschen Qualitätsprodukten, völlig bedeutungslos. Wenn einzelne Firmen in letzter Zeit noch Exportaufträge durchführten, so waren dies Prototypaufträge, die aber nur möglich waren, weil noch Kleinarbeit aus der RM-Zeit herübergenommen wurde. Die für die Herstellung dieser Kleinarbeit benötigten Exportaufträge mit Lederhandschuhen sind für deutsche Betriebe ein Verlust, bei dem die Firma etwa 3 DM pro Paar einsetzen muß. Teilweise wurde diese Differenz durch den Inlandsabsatz wieder ausgeglichen, doch kann natürlich auf dieser Basis kein Ausfuhrhandel betrieben werden. Ein Umrechnungskurs von etwa 25 Cts für die DM würde für den Export eine wesentliche Erleichterung sein. Die dadurch entstehende Verzerrung der Importe könnte getragen werden, da die Lederhandschuhindustrie mit einer Verdichtungsrate von 40-50% arbeitsethisch ist.

Die Frage rentabler Exportmöglichkeiten ist gegenwärtig zweifellos das brennendste Problem der Lederhandschuhindustrie. Sie wird geradezu an Existenzfrage, wenn man bedenkt, daß durch das Fehlen von Absatzmöglichkeiten für den Produktionsüberschuß die Erzeugnisse am mindesten die Hälfte einzuschleppen werden müßte, die Hälfte der Arbeitskräfte müßten entlassen und ein großer Teil der Fabrikationsbetriebe stillgelegt werden. Diese Tatsache weist besonders schwer, da bisher noch keine ernstlichen Bemühungen unternommen werden sind, gesunde Bedingungen für die deutsche Belieferung der Absatzmärkte zu schaffen. Im Gegenteil sind z. B. in den Handelsverträgen mit Luxemburg 50.000 Dollar zu Einführen von Lederhandschuhen vorgesehen, eine Tatsache, die das an sich schon dämmernde Lederhandschuhexportgeschäft jedoch völlig lahmgelegt, da es nicht möglich ist, z. B. Zwei-Zoll-Leder-

handschuhe teurer als für 1,80 Dollar zu exportieren. Vor dem Kriege wurden 90 bis 75% der gesamten Produktion ins Ausland verkauft, heute ist das Exportgeschäft, trotz der starken Auslandsnachfrage nach deutschen Qualitätsprodukten, völlig bedeutungslos. Wenn einzelne Firmen in letzter Zeit noch Exportaufträge durchführten, so waren dies Prototypaufträge, die aber nur möglich waren, weil noch Kleinarbeit aus der RM-Zeit herübergenommen wurde. Die für die Herstellung dieser Kleinarbeit benötigten Exportaufträge mit Lederhandschuhen sind für deutsche Betriebe ein Verlust, bei dem die Firma etwa 3 DM pro Paar einsetzen muß. Teilweise wurde diese Differenz durch den Inlandsabsatz wieder ausgeglichen, doch kann natürlich auf dieser Basis kein Ausfuhrhandel betrieben werden. Ein Umrechnungskurs von etwa 25 Cts für die DM würde für den Export eine wesentliche Erleichterung sein. Die dadurch entstehende Verzerrung der Importe könnte getragen werden, da die Lederhandschuhindustrie mit einer Verdichtungsrate von 40-50% arbeitsethisch ist.

Die Frage rentabler Exportmöglichkeiten ist gegenwärtig zweifellos das brennendste Problem der Lederhandschuhindustrie. Sie wird geradezu an Existenzfrage, wenn man bedenkt, daß durch das Fehlen von Absatzmöglichkeiten für den Produktionsüberschuß die Erzeugnisse am mindesten die Hälfte einzuschleppen werden müßte, die Hälfte der Arbeitskräfte müßten entlassen und ein großer Teil der Fabrikationsbetriebe stillgelegt werden. Diese Tatsache weist besonders schwer, da bisher noch keine ernstlichen Bemühungen unternommen werden sind, gesunde Bedingungen für die deutsche Belieferung der Absatzmärkte zu schaffen. Im Gegenteil sind z. B. in den Handelsverträgen mit Luxemburg 50.000 Dollar zu Einführen von Lederhandschuhen vorgesehen, eine Tatsache, die das an sich schon dämmernde Lederhandschuhexportgeschäft jedoch völlig lahmgelegt, da es nicht möglich ist, z. B. Zwei-Zoll-Leder-

ist eigentlich kein Ausgleich, da es von vornherein besteht, daß wir einmal wegen der großen luxemburgischen Eigenproduktion und zum zweiten wegen der dort billigeren Herstellung nie zu einem Export nach Luxemburg kommen werden.

Die Industrie, die jetzt teilweise auf Lager arbeitet, eine deshalb mit aller Anstrengung daran, das Inlandsgeschäft zu beibehalten. Die Herbstkollektion zielt eine sehr lebendige Bemusterung. Durch einen starken Wechsel an modischen Einflüssen in Farbe und Ausführung soll das Publikum zum Kauf angeregt werden. Der Auftragsbestand wird im allgemeinen auch als gut bezeichnet. Die Herbstkollektionen sind fertiggestellt, die Handschuhe für das Wintergeschäft werden gegenwärtig gestrichelt. Kalb- und Ziegenlappo kommen dabei im Einzelhandel auf etwa 21 DM, Schweinhauterhandschuhe werden über 30 DM liegen, da schon der Fabrikpreis auf 24 DM bis 25 DM kommt. Die Preisentwicklung zeigt in den letzten Monaten eine stark ansteigende Tendenz. Teilweise wurden von überhaupt verkaufen zu können. Preise kalkuliert, die nicht mehr die Gestehungskosten deckten. Die Preisstellung von Schleierkursen sowie die „Kollektionsfälle ohne Rechnung“ haben die Branche ganz erheblich geschädigt. Solche Erscheinungen zeigen, daß die zum größten Teil vom Export abhängige Lederhandschuhindustrie bei der heutigen Wirtschaftslage einfach übersteuert ist. Es haben sich vor allem in Bayern eine große Anzahl Heimtextilbetriebe aus den Ostgebieten angesiedelt, die in kleineren und früheren Betrieben Lederhandschuhe herstellen, die jetzt kaum verkauft werden können.

Dieser Krisenzustand, in dem sich die Lederhandschuhindustrie augenblicklich befindet, kann nur durch den Export mit für die Betriebe tragbaren Bedingungen behoben werden. Die Dringlichkeit erfordert, daß an die Lösung dieser so bedeutungsvollen Frage sofort herangegangen wird, wenn man größere wirtschaftliche Schäden in der Lederhandschuhindustrie vermeiden will. H. H.

Wir greifen auf:

Das unsoziale Spiel um die Weihnachtsgartifikation

Der deutsche Untertan wird das merkwürdige Spiel um die steuerliche Behandlung der Weihnachtsgartifikation nicht verstanden haben, aber da er ein Untertan ist, braucht er nicht zu denken. Er ist sehr totter, wenn man dies demokratischen Begrüßungen sagen muß.

Jedoch ist es unerlässlich, wie Ländererörterungen, nachdem man einmal der Bundestagsbeschlüsse da war, 300 DM Weihnachtsgartifikation steuerfrei zu lassen, plötzlich dagegen aufzukommen und, nur weil es die Bundesregierung beschlossen hatte und man der Bundesregierung einmal wieder zeigen wollte, was Ländererrechte sind, dagegen protestieren konnten. In Gelddingen hört die Gemüthlichkeit auf, in Gelddingen des Staates hört auch jede soziale Gemüthlichkeit auf. Wenn die Länder irgend eine Steuerentnahme wollen, dann ist es ihnen ganz gleichgültig, ob diese Entnahme sozial ist oder nicht. Die Produktivprogramme der Industriebeschäftigten haben alle nichts gebrannt. Belegschaften haben schon keine Telegramme zu schicken. Über das, was dem Arbeiter und Angestellten auf dem Weg über die Steuer abgenommen wird, hat der Arbeiter und Angestellte den Mund zu halten. Er wird betretet und dafür muß er zahlen, daß ist sozial.

Trotzdem wagen wir es, aus dem Protokollentwurf zwei prägnante Sätze zu wiederholen: „Soweit ein Fest der Freude und nicht ein Fest des Flusses.“ Dieses Wort hätte ja eigentlich genügen müssen, um auch die härtesten Länderminister zu bewegen. Aber dies war nicht so. „Ermußt wird der glücklichste Steuerzahler mit aller Härte getroffen.“ Auch dies stimmt: denn der Lohn- und Gehaltsempfänger ist nun einmal zwangsläufig der glücklichste Steuerzahler. Darum kann man ihn auch am besten erfassen und aus ihm am meisten herauspressen. Beweis: Die Weihnachtsgartifikation.

So haben also die Länder den Bundestagsbeschlüsse bekämpft und Württemberg-Baden läßt nur 300 DM Weihnachtsgartifikation steuerfrei, und das auch Bayern wieder in diesem Falle den Vogel abschneiden muß, sind in Bayern nur 100 DM steuerfrei.

Das politische Potenzial, das mit den Duckköpfen der Länderminister hier versprochen wurde, sieht in keinem Verhältnis zu dem Ertrag.

So wird dieses Fest der Freude doch ein Fest des Flusses sein, insbesondere in Bayern, aber es wird nicht ein Fest der Freude am Staat sein. H.

Unrentable Generator-Fahrzeuge

In der Deckstrahl, in der sich auf Blöcken in der Württemberg-Wirtschaft der Wirtschaft für Treibstoffanlagen, bei der Fachstelle für Motorbau, v. Wallenberg-Pachaly, mit dem vorausbestimmten Kraftstoffbedarf des Bundesleiters für das Marshallplan-Endjahr 1952/53 beschäftigt, geht er auch auf die Frage ein, ob dem Kraftstoffmangel durch verstärkten Einsatz von Generator-Fahrzeugen abgeholfen sei, und versucht es abschätzen. Nach den Angaben der Deckstrahl hat sich das im Rahmen der Autarkiebestrebungen des Dr. Wallenberg-Pachaly geordnete Generator-Kraftfahrzeug in seinem Bestand von 940 Stück (0,06 v. H.) im Vergleichszeitraum von 1932 auf etwa 24.000 Stück (0,79 v. H.) in der Woche Mitte 1948 erhöht. Er hat sich aber, so sagt v. Wallenberg-Pachaly, gezeigt, daß auch Länder, in denen die Voraussetzungen für den Generatorantrieb wesentlich günstiger liegen als in Westdeutschland, diese Fahrzeuge wieder abschaffen, sobald flüssige Kraftstoffe in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Allein diese Tatsache schreie auf dem Gebiet des Generator-Fahrzeuges jedes weitere Experiment verbunden, das nach allen anerkannten Erwägungen wolle, und betriebswirtschaftlich nutzlose Ergebnisse sicher voraussehen lassen. Wollte sich die Automobilindustrie der Entwicklung von Generator-Motoren zuwenden, so wäre das die Fehlinvestition eines Aufwandes in einem für innerdeutsche Verhältnisse geschaffenem Privilegierung, statt einer stützlichen Anlage in Konstruktion, die erlauben, durch Exporte die Beziehungen auf dem Weltmarkt wieder anzuknüpfen.

Der Einsatz von 40.000 Holzgeneratoren von insgesamt 30.000 von der Generatorschicht benötigten Generatorfahrzeugen würde bei einem Monatsbedarf von 7 bis 8 Kraftfahrzeugen und Monat einen Jahresbedarf von 3.300.000 im Generatorbedarf bedeuten. Die beste Beschäftigung etwa 2 Mill. im Jahr werden aus einem Holzschlag gewonnen, der bei etwa 5 bis 10 Hektar und Jahr liegt, zusammen einen natürlichen Nachwuchs von 2,5 bis 3 Hektar und Jahr. Für eine Verwertung der Holzgeneratoren wäre danach eine Fortsetzung des von deutscher Seite auf schärfte bekämpften überhöhten Holzschlags erforderlich. Die genannten 30.000 Generatoren erfordern einen Materialbedarf von etwa 20.000 t. Als hochwertiges Industrieerzeugnis exportiert würde diese Menge einen erheblichen Betrag an Devisen für die Beschaffung der fehlenden Kraftstoffmengen auf dem Weltmarkt erbringen. G. W.

Cripps' Pfund Unstabilität in die Weltwirtschaft

Es darf als erwiesen gelten, daß die Abwertung des Pfund Sterling am 18. September 1949 in ihrer Wirkung auf die Wirtschaft des Sterling-Blockes und

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Der Kompensationsverkehr zwischen Südbaden und Ostfrankreich brachte im November eine weitere Steigerung der Ein- und Ausfuhr. Die Importe beliefen sich im Berichtemont auf 1,3 Mill. DM und die Exporte auf 1,4 Mill. DM. Damit erhöhte sich der bisherige Überschuß des Kompensationsverkehrs auf 20,5 Mill. DM.

Die Anfang Dezember angedrohten Abschlägen im südbadischen Stromerzeugnispreis (Volterre ab 15. Dezember vorläufig) zugeführt, in der Stromverordnungen ist eine leichte Entwertung eingetretet. Eine Änderung der Strompreismenge für die Industrie ist damit nicht verbunden. Die Abschläge auf den Schaufenster- und Bekleidungsarbeiten sind ab sofort aufgehoben worden.

In Südbaden-Hohenlohe ist im November die Zahl der Arbeitslosen und der Beschäftigten anwesenden. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich um 1.193 auf 21.198, die der Beschäftigten um 1.702 auf 323.191.

Die Weihnachtsgartifikation sind seit dem 15. Mai 1948 um 25% gefallen, stellte das Statistische Landesamt für Württemberg-Hohenlohe fest. Die Preise für Baustoffe sind um 5,2%, die für Handwerkerarbeiten um 4,8% zurückgegangen. Die Tariflöhne sind dagegen um 2,3% gestiegen. Der Baukostenindex liegt jetzt, auf das Jahr 1913 bezogen, bei 255, auf 1939 bezogen, bei 181.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

gesetz wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Der Mercedes-Benz 170 B ist zum meistgekauften Personenkraftwagen der Mercedes-Benz-Werke geworden, wurde am Mittwoch von der Leitung der Daimler-Benz-Werke mitgeteilt. Nachdem im Juni die ersten 25 Wagen das Band verlassen hatten, konnte die Monatsproduktion dieses Typs innerhalb so gestiegen werden — Juli 120, August 282, September 433, Oktober 674 und November 903 Fahrzeuge — das voraussichtlich noch im Dezember die Tausendergrenze erreicht werden wird. In diesen Tagen werden auch die ersten vollständigen Kabinofahrer des Bänder verfahren. Mit der Auslieferung des 4-3-2-er Mercedes-Benz Typ 170 B wird ebenfalls noch in die-

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Englische Zone

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg- und Gesteinsfahren zu. Verschieden wurden namentlich Kohlen, Eisen und Draht.

Für die papier- und pappeverarbeitende Industrie in Westfalen wurde ein einheitlicher Lohnstarif vereinbart.

In der Zeit von 1. September 1948 bis 30. November 1949 wurde in der Ostzone eine 2. Aktion zur „Mobilisierung aller inneren Reserven“ durchgeführt. Diese Aktionen sollen dem Zweck dienen, ungeeignet lagernde Rohstoffe, Materialien und Maschinen der Produktion zuzuführen. Nach den bisherigen Berichten wurden bei dieser 2. Aktion Reserven im Werte von 26 Mill. Ostmark erzielt, während bei der 1. Aktion von Februar bis Juli 1949 Werte im Höhe von rund 75 Mill. Ostmark erbracht. Eine 3. Aktion soll in wenigen Tagen beginnen. Für das Jahr 1950 ist die Erfassung von „inneren Reserven“ im Werte von 200

genötigt wieder voll in Kraft zu setzen sowie das Hotel- und Gaststätten-gewerbe insbesondere durch einen Abbau und Neuorganisation der Erhebung der Gemeindegaststättensteuer steuerlich zu entlasten. Weiter wurde die Bundesregierung gebeten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Ausländerverkehr nach Deutschland steigern können, und alle Maßnahmen zu treffen, die die Hotels und Gaststätten gegenüber den Nachbarländern im Reiseverkehr konkurrenzfähig machen.

Die Erdförderer im Bundesgebiet glog im November gegenüber dem Vormonat um 71.224 Tonnen auf 79.209 Tonnen zurück. Mit Ausnahme der Felder Enlindhelm und Heidehölzlein verzeichneten fast alle Gebiete kleine Förderrückgänge.

Am 1. Mai 1949 zwischen dem Stahlwerksverband und den Eisenindustrie abgeklärte Qualitätsabkommen über Hochleistungsstahl wurde nach Mitteilung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung bis zum 21. Dezember 1950 verlängert. Die Bestimmungen über die Wassergehalte und die Abrechnungsverfahren für Prämiel- und Bußzahlungen wurden geringfügig abgeändert.

Wie der deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zulassung der deutschen Grenztruppen zur Teilnahme an den langfristigen Arbeitsstellen im Ausland, damit eine Änderung der Firmenbezeichnung verbunden sein, die den besonderen Charakter dieses kommunalen Kreditunternehmens hervorheben soll.

Der niederländische Minister der Finanzen hat auf Veranlassung der Bank deutscher Länder die Centralanleihe für die Preussischen Staaten, Berlin, gemäß der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz als verlagert anerkannt, teilt die Bdl. am 8. Dezember mit.

In Westdeutschland wurde mit dem Sitz in Düsseldorf eine Export-Interessengemeinschaft gegründet zwecks Abklärung des deutschen Außenhandels mit den USA. Landwirte in Übersee gewonnenen Erfahrungen und genaue Kenntnis der derzeitigen Marktlage in den USA stehen dieser „Export-Konfer. Gem. Ges. in Düsseldorf“ zur Verfügung. Die Gesellschaft ist außerordentliches Mitglied der United States-German Chamber of Commerce, Inc. New York und verfügt über eine eigene Vertretung in Preussisch-Ober-Siedow. Interessenten sind durch die Möglichkeit gegeben, sich mit geringem Kostenaufwand in US-Exportgeschäfte einzuschleichen.

Die Monatsbrandschadenstatistik des Verbandes der Sachversicherer meldet für Oktober für das Bundesgebiet eine Gesamtschadenssumme von 16,87 Mill. DM in der Feuerversicherung.

Die Düsseldorfener Hafen hatten im November mit 110.947 t den höchsten Schiffsverkehr seit Kriegsende. Wegen des gefüllten Sees ließ die Getreidezufuhr sehr nach, jedoch nahm die Berg-

Bilateralismus - Multilateralismus

Havanna-Konferenz und ihre Verlobungen vor den neuen Industrieländern - Verträge sich der Marshall-Plan mit der Autonomie der Staaten - Ausbau unentwickelter Gebiete bringt allen und auf die Dauer Vorteile

Von Dr. Hans Pöschel

Unter Theoretikern der Handelspolitik wird oft und gern von den Vorteilen und Nachteilen multi- und bilateralen Verträge gesprochen, die nach der Zahl der an ihnen beteiligten Mächte unterschieden werden. Einer derartigen Unterhaltung zu folgen, ist ebenso unergiebig, wie wenn Juristen miteinander über die Wirkung von Problemen aus der Rechtswissenschaft verschiedener Meinung sind. Auch von dem jüngsten Theoretikern der Handelspolitik vertritt häufig unter dem Begriffen Bi- und Multilateralismus oder jedenfalls unter ihrem Einfluß auf die Außenhandelswirtschaft der eine etwas anderes als sein Nachbar. Vor kurzem lief eine Nachricht aus Polen durch die Wirtschaftspressen, wonach von zwei namhaften Handelspolitikern aus den Oststaaten der erste, der tschechoslowakische stellvertretende Handelsminister Dr. Loch, dem Bilateralismus das Wort geredet habe, weil der mit der Selbstbestimmungslösung und internationalen Konventionen begünstigte Multilateralismus dem tschechoslowakischen Außenhandel aus dem Gleichgewicht gehoben habe. (Dabei ist die Selbstbestimmung eine für bilaterale Handelsverträge typische Bestimmung!) Dagegen ließ der andere, der Berater des polnischen Industrieministers für Handelsverträge, Roman, den Wunsch nach multilateraler Ergänzung der nur zweiseitigen Verträge erkennen. Beide fachten sich in der Politik geführten und in fälligen Hinweisen gegenläufige Bemerkungen zusammen, daß nur planwirtschaftlich gesteuerte Staatswesen sich krisenresistente Konventionen zu begründen seien. Der Streit um die Materie zeigt dann, die private Sphäre zu verlassen und auf die politische Ebene überzugehen; auch kommt es vor, daß in amtlichen Verhandlungen mit spitzfindigen Argumenten und noch größerer Klangstärke die Anwendung dieses oder jenes Systems empfohlen wird.

Erklärt man den ganzen Döbel seines politischen Charakters und Zweckes, dann blüht nicht viel übrig. Für die Wirtschaft und den praktischen Handelspolitik ist jedenfalls nicht die bloße Zahl der Vertragspartner internationaler Abmachungen von Wert, sondern allein der Inhalt der Verträge. Beide Arten, die zwei- und die mehrseitigen Vereinbarungen, sind beachtlich, wenn sie dem internationalen Warenverkehr förderlich sind. Auch ein Wort von bilateralen Handelsverträgen, in denen die Vertragspartner, hat sich multilaterale Gepräge. Viele bilaterale Handelsverträge sind, schon auf Grund der in ihnen enthaltenen Selbstbestimmungsbestimmungen und der Ermächtigung des Zollsystems, aber auch wegen

ihrer Auswirkung auf die handelspolitische Haltung anderer Staaten, unendlich viel nützlicher gewesen als multilaterale Konventionen, bei denen die Vielzahl der amnestierenden Verhandlungspartner häufig dazu zwingt, die Unzulänglichkeit der Abreden hinter Phrasen und kauschischen Formulierungen, wie dem beliebigen „so bald als möglich“ oder dem noch schwächeren „möglichst“, zu verbergen.

Ein bilaterales Muster
Von den Mustertypen eines allgemeinen, erfindlichen bilateralen Abkommens soll hier aus der Vorkriegszeit auf den deutsch-französischen Handelsvertrag vom 19. August 1927 hingewiesen werden, das umfang- und inhaltreichste Handelsabkommen, das Deutschland zwischen den Kriegen abschloß. Sein Zustandekommen nach schweren und wechselvollen Kämpfen hatte weit über die Grenzen der beiden Vertragschließenden Mächte hinaus Aufsehen erregt, gefolgt und den in Kielwasser der deutschen Untertänigkeit stehenden Vertretern anderer Staaten die Gelegenheit geboten, zu einer Bezeichnung der wirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes mit Frankreich zu gelangen. Schon damals, aber auch aus der Tatsache, daß es der deutschen Seite mit dem Abkommen glückte, Frankreich von weiterer Verfolgung seiner Absicht zum Ausbau eines Vorzugszollsystems auf dem Weg der unbedingten Meistbegünstigung zurückzuführen, ergab sich die über die beiden Vertragspartner hinausreichende Wirkung dieses bilateralen Handelsvertrages. Sie ruhte endlich in dem Genuß der in das Abkommen eingebauten Ermäßigungen und Bindungen deutscher und französischer Zölle durch dritte Länder mit Hilfe der ihnen zustehenden Meistbegünstigung. Bis in die Gegenwart hinein vermag man — leider nur selten — Vertreter der Gattung allgemein nützlicher zweiseitiger Handelsverträge aufzuzählen. Unter ihnen ragt der amerikanisch-englische vom 30. Oktober 1947 weit hervor, nicht nur er hat über die beiden unmittelbaren Beteiligten hinaus der gesamten kaufmännischen Welt erhebliche Vorteile gebracht. Durch die Vereinbarung wurde zum ersten Male ein ernsthafter Einbruch in die Empfindlichkeit, jenseitige berüchtigte System der Vorzugsbehandlung zwischen dem britischen Mutterland und seinen Dominions und Kolonien, vollzogen. Die Engländer gaben 3 v. H. ihrer Vorzugszölle völlig und teilweise herab, bei weiteren 25 v. H. von ihnen eine Ermäßigung von bis zu 35 v. H. Dagegen setzten die Amerikaner ihre Zölle für alle das britische Empire und seine Kolonien

aus meistbegünstigten Ländern interessierende Waren um bis zu 50 v. H. herab und räumten so ihren Verhandlungspartnern und Dritten, unter ihnen auch den drei deutschen Westzonen, Zollvergünstigungen für Produkte ein, die rund 76 v. H. der amerikanischen Gesamtimporte entsprachen. Ihr Ziel war es, daß durch den tiefsten Stand seit 24 Jahren erreicht.

Havanna-Charta als multilaterales Beispiel
Unter multilateralen Übereinkommen auf der anderen Seite, von denen die Weltwirtschaft profitieren kann, sind die Havanna-Charta und das Abkommen „über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zu nennen. Beide stammen aus moderner Zeit. Die Havanna-Charta „of the International Trade Organization“, jene „amiga charta des Handels“ genannte, berühmte Vereinbarung, wurde am 24. 3. 1948 von 54 der an den Verhandlungen beteiligten 56 Staaten geschlossen, die 90 v. H. der gesamten Welthandelsverkäufe. Als Grundprinzip wird in der Charta die Verpflichtung der Vertragsstaaten festgelegt, unter Anwendung der Meistbegünstigung ihre handelspolitischen Maßnahmen untereinander abzustimmen, mit wechselseitigen Zugeständnissen die Zölle zu senken und die übrigen Handelsmaßnahmen im Gleichschritt mit einer Erleichterung ihrer Dienstleistungen abzustimmen. Gibt die Havanna-Charta, allerdings nicht ohne eine Verabreichung von drohenden Geboten der jungen Industrieländer, die der gegenwärtigen Notlage als anerkannte Ausnahme von Zwang zur Beobachtung des Grundprinzips durchzusetzen, der Behinderung des Warenverkehrs in der Welt zu Leibe, so beschränkt sich das zweite Abkommen, das vom 16. April 1948, um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. An ihm sind die 16 europäischen Marshallplan-Länder und die deutschen Westzonen beteiligt. Die Unterzeichnerstaaten sprechen in dem Verträge ihre Entschlossenheit aus, befristete wirtschaftliche Bedingungen in ihren Ländern und untereinander, ohne die Notwendigkeit besonderer Hilfe von außen zu schaffen. Zu diesem Zweck verpflichten sie sich, den Austausch von Waren und Dienstleistungen in gegenseitiger Zusammenarbeit weitgehend zu entwickeln und Handels- und Zahlungsbedingungen mit dem Ziele ihrer völligen Beseitigung aufzuklären. Die wöchentlichen Zolltarife in Erwägung ziehen und diejenigen Mächte, die der Bildung von Zollunionen bereits zugestimmt haben, werden die Errichtung solcher Unionen beschleunigen. Endlich wollen

die untereinander und mit außenstehenden gleichgerichtetem Staaten in der Herabsetzung von Zöllen und anderen Hindernissen für die Ausdehnung des Handels zusammenwirken. Ein solches Programm, das die Herzen der um den Absatz ihrer Waren besorgten Wirtschaftler höher schlug als bei, wenn sie die Hoffnung erfüllt, daß den wohlgeordneten Worten in den Konventionen sich die praktischen Taten der Regierungen entsprechen werden. Im allgemeinen sind bilaterale Verpflichtungen greifbarer und im Konfliktfälle leichter erzwingbar als multilaterale Verabreichungen.

Engagezte Selbständigkeit
Es ist überhaupt eine eigenartige Sache mit der Autonomie der Staaten, diesen Kräftefeldern nicht-nicht. Sie wird allerdings bewacht, um Eingriffe als „Eingriffe in die inneren Angelegenheiten“ abzuwehren zu können. Wie vertritt sich der Marshallplan und alles, was mit ihm zusammenhängt, mit dieser Selbständigkeit-Tendenz? Die handelspolitische Gesetzgebungsmacht der Einzelstaaten wird in abgewandelter Weise durch den Inhalt von bilateralen Vereinbarungen eingeschränkt. Der Marshallplan, also das Mittel zur Behebung der europäischen Not, hat in einer neuen Form ihrer multilateralen Beschränkung in der handelspolitischen Bewegungsfreiheit Anlauf gegeben. Die europäischen Marshallplan-Länder haben sich mit dem vorher erwähnten Abkommen vom 16. April 1948 über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Erreichung der von dieser Organisation gesteckten Ziele verbunden. Die Organisation, deren zentraler Funktion die einer Verleihung der Marshallplan-Mittel, sich in zwischen einflussreich und an Bedeutung verloren hat, steht im Begriffe, zur Ausfüllung ihrer in den Vordergrund getretenen Planungsaufgabe ein „langfristiges“ Programm aufzustellen; es soll die Grundlinien für

das Aussehen enthalten, das die europäische Wirtschaft bis zum Ende des Marshallplanes im Jahre 1952/53 annehmen hat. Dazu gehören vornehmlich Steigerungen der beiden Sparten des Außenhandels über die Vorkriegsleistungen beträchtlich hinaus und ihre Streuung und Verteilung auf Liefer- und Empfangsländer sowie die Verahme umfassender Investitionen in allen Zweigen der europäischen Wirtschaft. Nach der Einzelstaaten bleibt es, unter Einhaltung des Programmes in ihrer internen Wirtschaftsgesetzgebung und durch handelspolitische Vereinbarungen untereinander die Voraussetzungen zum Gelingen des Planes zu schaffen. Die Frage, ob die vom Europa-Plan gebotene Begrenzung der einzelstaatlichen Selbständigkeit zu bedauern ist, muß mit aller gebotenen Entscheidung vornehmlich werden. Wie jede Verstärkung der Selbständigkeit im internationalen Warenaustausch willkommen zu heißen ist, so bedauert auch die Festlegung der volkswirtschaftlichen Grundlinien, die der Europaplan betrifft, einen Vorteil für alle. Es liegt ein verständlicher Irrtum in der Annahme, daß die Industrialisierung eines Landes für den Warenabsatz seiner Lieferanten draußen ablehnt. Zwar mag es damit verbunden sein, daß sie zu einer Verschiebung in ihren Dispositionen gezwungen werden, weil der Verkauf von Konkurrenzfabrikaten aus entwickelter Industriegruppen arduer oder sogar unmöglich gemacht ist. Aber die Erfahrung lehrt, daß die Anpassung der Bevölkerung im Gleichschritt mit dem Ausbau unerschlossener Gebiete wachsend und daß der steigende Bedarf an Produktionsmitteln und ihren Ersatzteilen neben dem an Konsumgütern dem Export anderer Staaten zugute kommt.

GERLING

GIBT RÜCKHALT



SACHVERSICHERUNG LEBENSVERSICHERUNG

Ob sich allerdings das Pariser langfristige Programm mit der Notwendigkeit zum Absatz der um ein vielfaches erhöhten Exporte in der Praxis durchführen lassen und ob die Effektivierung des neuen amerikanischen Planes zur Entwicklung zurückgebliebener Regionen rechtzeitig genügt möglich ist, um dem Europa-Plan die erforderliche Unterstützung zu verleihen, ist eine Frage, die einer weiteren Untersuchung vorbehalten bleiben muß.

Stahlindustrie in Westaustralien?
Wie aus London berichtet wird, beabsichtigt sich zwei Ingenieure der amerikanischen Firma H. Brasser & Co. gegenwärtig in Westaustralien, um die Möglichkeiten für die Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie abzufragen. Ein umfangreicher Bericht der Untersuchungsergebnisse soll der westaustralischen Regierung demnächst überreicht werden. Wie verlautet, sind die beiden Experten der Meinung, daß keine technischen Schwierigkeiten der Errichtung und Betriebung in Westaustralien entgegenstehen.

Der Verlust der USA

Dadurch gewinnt auch der neue Vorstoß der Amerikaner, deren Ideenreichtum und Gestaltungsgabe uns ein wenig abgekümpfte Europäer immer von neuem überrascht und erfreut, bisher zurückgebliebenen Weltgegenden zu erschließen, für uns wie für die gesamte Erde eine ungeheure Bedeutung. Zollunionen und Europa-Plan sind jedenfalls zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt; diese Kräftigung bringt ihren Partnern und den Außenstern

Cripps muß Eisenbahntarife erhöhen

Ein Jahr nach der Verstaatlichung: Mindereinnahmen 30 Mill. Pfund - Verluste werden auf die Bevölkerung abgewälzt - Eine Erschütterung des Preisgefüges in England ist dadurch zu erwarten

Noch sind die durch die Pfundabwertung angezeigten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in England nicht überwunden, da bestimmt in der Ankündigung einer Erhöhung der Eisenbahntarife, die bereits eine neue Gefährdung des Preisgefüges abzuwehren. Der „Minister“ kommt in seiner Wirtschaft nicht nur zum Zuge, ein Beweis dafür, daß im Zeitraume des letzten Krieges immer wieder die Bedeutung der Eisenbahn für den Verkehr nicht abnehmend. Die Erhöhung der Gütertarife der Bahn wie auch einer Hafen- und Dockentgelte wurde zuletzte mit der Bekanntheit des verstaatlichten Eisenbahnverkehrs in den ersten 44 Wochen des laufenden Jahres angekündigt. Nach der Zwischenbilanz ergab sich, daß in dem mit dem Kalendervierteljahr 1949 verbundenen ersten Halbjahr 1949 mit einer Mindereinnahme von 30 Mill. Pfund Sterling gerechnet werden muß, gegenüber „nur“ 4,7 Mill. Pfund im Jahre 1948. Auf Grund dieses erschreckend wachsenden Defizits hat die Transportkommission als Zentralinstanz des verstaatlichten britischen Verkehrswezens keine andere Ausweg, als den Verkehrsmitteln um eine Tarifherabsetzung zu ersuchen. Der Verkehrsminister forderte daraufhin von dem als Kooperationspartner fungierenden „Transport Tribunal“ eine eingehende Sachuntersuchung an. (Wie schon auf Seite 4) Es ist als sicher anzunehmen, daß Tarifherabsetzungen erfolgen werden. Nach dem Vorschlag der Transportkommission werden die Gütertarife der Eisenbahn mit der vorgeschlagenen Erhöhung um 16% sich ablesen auf 81% über den Vorkriegsstand stellen, gegenüber bisher 65%. Für die Dockentgelte der Küstenschiffe wird eine Tarifherabsetzung um 25% vorgeschlagen, womit 130% des Vorkriegsstandes erreicht wären. Für alle anderen Dockentgelte, die zur Zeit um 75% über den Stand von 1939 liegen, wird eine Verdrückung vorgeschlagen. Soweit der Tarifbestand.

wöchentlich auf rund eine halbe Mill. Pfund Sterling belaufen. Defizit Tarifherabsetzungen mit aller Beschleunigung durchzuführen werden müssen, erinnert man sich, daß vor nicht allzu langer Zeit, ebenfalls im September 1948 veröffentlichten Jahresbericht der Transportkommission für 1948 in Anbetracht des Defizits der Eisenbahnen von 4,7 Mill. Pfund Sterling für das Jahr 1948 darauf hingewiesen worden ist, daß „etwas geschätzt“ müsse. Es ist aber leicht nicht zu unterlassen, werden, so daß die Position sich die Gesamtzahl nicht zwischen 1948, die Labourregierung der Nachlässigkeit zu zehnen. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Opposition mit ihren Angriffen aus diesem Anlaß gehen wird, um aus der tarifpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheit eine politische zu machen. Der Regierung selbst kommt die unabweisliche Erhöhung der Eisenbahn-, Hafen- und Dockentgelte im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ohne Frage äußers ungeraten.

Aber auch aus sachlichen Gründen sind die bevorstehenden Tarifherabsetzungen — insbesondere bei der Eisenbahn — problematisch. Die größten Eisenbahnverluste waren bei der Personenbeförderung zu verzeichnen. Die Tarifkommission hat aber — und der Verkehrsminister hat dem bereits grundsätzlich zugestimmt — nicht eine Erhöhung der Personentarife vorschlagen, sondern die Erhöhung der Gütertarife, also gerade den Verkehrsträger, der bisher wenig oder keinen Einnahme-Ausfall aufzuweisen hat. Die Bilanz-Lösung dürfte darin liegen, daß man offenbar flexibel eine Erhöhung der Personentarife würde die halbierten gerade dem Kraftverkehr und den Überlandbussen in die Pöster drücken. In England ist zwar auch der Überlandgüterverkehr verstaatlicht, jedoch gibt es auf Grund bestehender Lizenzen und für Spezialtransporte noch private Speditionen, die an die Tarife der „staatlichen Speditionen“ nicht gebunden sind. Aber die Gefahr der Abwanderung ist namentlich bei Massenultra nicht klein.

Zweifellos liegt die beabsichtigte Erhöhung auch insofern, als es ungewiß ist, ob sie ausreichend nicht nur die laufenden Ausgaben zu decken, sondern auch das entstandene Defizit auszugleichen. Die Frage bleibt offen, wie das verstaatlichte Transportwesen in England nicht nur auf einem guten Zweck kommen, sondern wie es auch Bilanz ansetzen soll. Jedenfalls ist aus den ersten beiden Jahren eine recht ansehnliche Hypothek zu tilgen.

Über die Konserve zur Weißblech-Wellmach

Die USA produzieren heute sechsmal so viel Weißblech wie England und wurden zum größten Konservenerzeuger der Welt

Hunderttausende von Deutschen haben nach diesem Krieg einen großen Beweis für die praktische unbegrenzte Verwendung von Weißblech in der Konservierung von Lebensmitteln und anderen Gütern in den Vereinigten Staaten in der Form des Inhalts der Caro-Pakete erhalten. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, festzustellen, daß 200 Jahre vor der Entdeckung der Keimwelt in Süddeutschland bereits das erste Weißblech erzeugt wurde, und daß Deutschland für Jahrhunderte ein Monopol auf die Weißblechherstellung hatte, ehe die Erzeugung in England und Frankreich aufgenommen wurde.

Es blieb jedoch den Vereinigten Staaten vorbehalten, die unzähligen Möglichkeiten der Weißblechverwendung für die Konservierung zu erschöpfen und auszuwerten, und damit trotz ungleichzeitiger Voranstrengungen in kurzer Zeit zur führenden Weißblechmacht der Welt zu werden und die zur die Jahrhundertwende führende Walliser Weißblechindustrie in England weit zu überholen. Mit welcher Vehemenz sich dieser Prozess vollzogen hat, obwohl die Vereinigten Staaten das für die Weißblechherstellung notwendige Zinn reichlich einführen müssen, zeigt die nachstehende Zusammenstellung.

Weißblecherzeugung in 1000 t		USA in % d. englischen Erzeugung	
USA	England		
1891	608	608/1000	0,16%
1895	132.886	925.000	21,4
1898	160.282	470.100	34,8
1914	865.975	892.000	125,2
1918	1.435.925	494.800	316,0
1937	2.421.614	857.000	284,0
1948	3.528.750	630.100	560,0
1949*)	3.420.000	630.000	543,0

Das beweist, daß die Weißblechherstellung „aktive“ Wirtschaft der Walliser Industrie ist. 1891 waren es bereits 48 Werke, die in den USA Weißblech erzeugten und 1899 war ihre Zahl auf 74 gestiegen. 1914 setzte sich die amerikanische Produktion zum erstenmal an die Spitze in der Welt und behauptete diesen Platz seitdem. Nach dem ersten Weltkrieg hat die amerikanische Weißblechindustrie einen Modernisierungspromess durchgemacht, der in der Einführung der elektrischen Verbindung im Jahre 1936 gipelte, und der ihr eine fast unangreifbare Stellung verschaffte hat.

Seit dem Jahre 1891 hat sich die amerikanische Weißblechindustrie hauptsächlich im Gebiet von Pittsburgh angesiedelt, das etwa zwei Drittel der Produktion stellt. Neuerdings hat sich aber auch Chicago zu einem Zentrum der Weißblecherzeugung entwickelt. Die seit der Jahrhundertwende betriebene Nationalisierung der Erzeugung hat gerade in der Weißblechindustrie zu einer Konzentration geführt, so daß vor dem letzten Krieg die Anzahl der weißblechherstellenden Gesellschaften auf 17 zurückgegangen ist, die 28 große Werke betreiben.

Diese Entwicklung wäre aber, wie gesagt, nicht möglich gewesen, wenn sich die USA nicht in der gleichen Zeit zum größten Konservenerzeuger der Welt entwickelt hätten, und wenn nicht Weißblechhersteller für die Verpackung von tausenden anderer Erzeugnisse, angefangen vom Aufrollen über Lacke und Farben bis zur Behälterherstellung, wägen würden. Dadurch verdrängte die Automobilindustrie, die Debatenten, die Refinerien und Metallwerke laufend große Mengen Weißblech.

Rund 50% des gesamten Weißblechverbrauchs der USA entfallen jedoch auf die Konservierindustrie. Es gibt fast kein Lebensmittel oder Genussmittel, das man in den USA nicht in der Packung kaufen kann, angefangen von Fleisch, Obst, Gemüse, Früchten, Milch, Bier, Tabak, Kaffee, Kakao, Suppen bis zu tabelfertigen Mischungen.

Im Jahre 1937 beispielsweise verbrauchten die USA bei einer Weißblecherzeugung von 1,4 Mill. t für diesen Zweck 42.575 t Zinn. Das waren rund 23% der Weltzinnerzeugung, ohne daß die Vereinigten Staaten als Zinnerzeuger selbst eine Rolle spielen könnten. Selbst haben sich die Dosen eher ausgedehnt. Im Jahre haben die USA in der staatlichen Höhe von Texas City die Zinnerzeugung aufgenommen

und seitdem 250.000 t Zinn aus bolivianischen Konzentrat gewonnen. Die Steigerung der amerikanischen Weißblechindustrie hat dadurch eine weitere Festigung erfahren. Entscheidend ist aber, daß die amerikanische Weißblechindustrie immer mehr dazu übergeht, die Methode der elektrolytischen Verbindung in Anwendung zu bringen, die gegenüber dem Tauchverfahren beträchtliche Zinnerparnisse ermöglicht. 1942 waren es mit 73.589 t/et erst 3,3% der Gesamtzinnerzeugung, die nach diesem Verfahren gewonnen wurden. 1948 jedoch schon 31,1% und der Anteil ist bis zum März 1949 auf 37,4% gestiegen.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die amerikanische Weißblechindustrie für eine Periode weiteren Aufschwungs steht. Der Kriegszugang hat die deutsche Erzeugung praktisch als Konkurrent auf Weltmarkt ausgeschaltet und die Walliser Weißblechindustrie ist durch veraltete Erzeugungsmethoden und eine unzureichende Kapazität daran gebindert, sich den Ansturm der deutschen Konkurrenten am Weltmarkt nutzbar zu machen. Die Vereinigten Staaten waren vor dem Krieg nur in geringem Maße ein Exportland. Die Exporte der amerikanischen Waren wurden 1937 mit 350.482 t erreicht, die niedrigste der letzten Vorkriegsjahre mit 20.863 t/et in das Jahr 1935. 1948 haben aber die USA bereits 548.021 t/et exportiert und in den ersten drei Monaten 1949: 133.385 t/et. Auf dem Gebiet der Weißblecherzeugung haben die USA den Krieg jedenfalls gewonnen. H. B.

Zinn und der USA-Bilddruck

Die Zinnerträge, die von der IREPTCO in den USA gehalten werden, stiegen im Oktober von 20.873 t auf 23.021 t. Die amerikanische Zinnerzeugung betrug 2994 t, die Einfuhren 724 t. Den amerikanischen Verbrauchern wurden nur 3918 t zuzuführen, so daß von den 10.108 t, die zur Verfügung standen, ein beträchtlicher Teil der amerikanischen strategischen Zinnereserve massenweise werden muß. Die von der Zeitschrift „American Metal Market“ auf etwa 65.000 t geschätzt wird, von denen rund 45.000 t im laufenden Jahr erworben wurden. In englischen Kreisen wird man zwar große Hoffnungen auf die Hilfe der amerikanischen Regierung zur Aufklärung der strategischen Zinnereserve, weil diese geographisch die bedeutendste Stütze für den schwachen Zinnermarkt sind, ist sich aber klar darüber, daß die amerikanische Regierung den Wunsch hat, diese Reserven zu einem möglichst niedrigen Preis zu erwerben.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnerelen

Weberelen

Bleichereien

Färberelen

Druckerei

*) geschätzt auf der Basis der ersten zehn Monate

Diese Jahre sind nicht vollständig herausgearbeitet. Sie stellen Markteinsparnisse in der Geschichte der amerikanischen Weißblechindustrie dar. Obwohl das erste Weißblech in den USA bereits im Jahre 1881 in einem Kofferwerk in Pittsburgh erzeugt wurde und 1874 drei Gesellschaften für die Weißblechproduktion gegründet wurden, beharrte es erst eine Schwemme gegen die englische Konkurrenz, um das amerikanische Erzeugnis wettbewerbsfähig zu machen und die Großproduktion aufzunehmen. Diese Schwemme war ein Werk des früheren amerikanischen Präsidenten William McKinley, der selbst ein Stück Schwarzwald besaß, und

waren einzelne Favoritenpapiere gefragt und konnten Kursgewinne verzeichnen. Die allgemeinen Kurse für die nach dem Verfall des alten ...

LONDON: Staatspräsident ... Die Londoner Effektenbörsen waren auch in der Woche vom 12. Dezember durch die Entwicklung am Markt für britische Staatsanleihen beunruhigt. London begann die Woche in schwacher Haltung. Trotz Interventionen des ...

waren einzelne Favoritenpapiere gefragt und konnten Kursgewinne verzeichnen. Die allgemeinen Kurse für die nach dem Verfall des alten ...

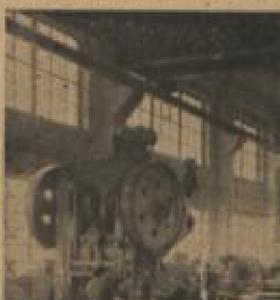
Notenkurse in Zürich am 13. 12. 48

1 \$ USA	4,27	4,39
1 £ England	10,20	10,40
100 fr. Frankreich	1,88	1,93
100 belg. Belgien	8,20	8,30
100 fl. Holland	100,00	100,30
100 skr. Schweden	60,90	61,20
100 nkr. Norwegen	40,00	40,50
30 Industriewerte	100,83	104,80
20 Eisenbahnwerte	92,29	95,37
40 Industriebank	99,94	100,20
15 Versorgungsbetriebe	30,52	31,20
Moody's Index	346,5	345,5

Die aktuelle Reportage: Neff-Herde

Der besondere Reiz, das Unternehmen, dem diesmal unsere Reportage gewidmet ist, zu besuchen, liegt in seiner einzigartigen Entwicklung. Vor dem Krieg war es ein kleines Werk mit 70 bis 80 Arbeitern, nach dem Krieg hat es sich trotz erheblichen Bombenschadens bis jetzt zu einer Betriebsstätte von 500 Mann heraufentwickelt. Es ist die Herz- und Backenfabrik: Carl Neff GmbH in Bietzen (Baden), also etwa in der Mitte zwischen Karlsruhe und Heidelberg. Ein Familienunternehmen in der dritten Generation, entwickelt von einem handwerklichen Mittelbetrieb zu einer Fabrik mit Fließfertigung. Haushaltsgeräte und Großküchengeräte machen das Gros der Produktion aus. Haushaltgeräte für Kohle und Gas kombiniert, Kohle-Elektro kombiniert und reine Elektroherde; als neuestes eine Dauerbest-Silberherde.

Das ist der eine Teil des Produktionsprogramms. Großküchen, schwere Hotelherde, Spezial-Kessel, Elektro-Kleppherde usw., Wärmeliche, Zonenherde usw.



Blick in die Halle mit den großen Pressen; auf der Presse links hinten werden die Rumpfs geprüft, wie das andere Bild näher zeigt.



Neff-Elektro-Großküche (Zonenherd mit 12 quadratischen, zu einer Kochfläche zusammengefallenen Platten und Wärmeschrank im Unterbau. Zonenherde mit sechs Platten, elektrisch betriebenes Wasserbad, Wärmearmaturen und Elektrogrill. Diese Anlage steht im Hotel Adler in Wiesbaden. (Foto: Hochhaus 30)



Teilansicht einer Elektro-Großküche (Herd Viktoria, Freiburg). Neff-Zonenherd mit 12 quadratischen Platten und ausklappbarem Elektro-Wasserbad sowie einer Schnellkochstelle mit drei Hochdruckplatten zum Backen, Braten und Grillen. Hier ein Elektro-Spülschrank mit drei Backräumen und Glasfront.

Über Vorprodukte im Werk selbst. In der Führung hat eine überlegene Unternehmerpersönlichkeit einen Techniker gefunden, der seine Erfahrungen in großen Fabriken vorbildlich auf diese kleinere Unternehmung übertragen verstand. In der Produktion wird tatsächlich nur das rote Eisen und das

die Hausfrau beim Einkauf eines Herdes hat von der Größe und Anzahl der Kochplatten anzufangen bis zur Größe und Ausfertigung des Herdes mit dem Handrohr rechts, mit dem Backrohr links - und die Bayern noch außerdem mit ihrer Doppelluftre-Rationalität ist das nicht, weder in der Produktion, noch im Geldbeutel der Hausfrau, aber um Material der Kunde behält recht was er will, soll er haben, nur muß er es bekommen. Herdfabriken, die gleichzeitig mit mehreren Typen und entsprechend billigen Preisen ihren Absatz zu finden, müßten sich schnell wieder umstellen. Das war die Umstellung, von der wir sprechen.

Die zweite Krise kam in diesem Jahr durch die Strommangelströmungen. Diese haben noch für lange Zeit den Absatz von Elektroherden in Stadt und Land behindert und verhindern ihn noch heute. Man hört nicht selten die Hausfrau sagen: „Gerade wenn ich kochen will, wird der Strom abgeschaltet.“ Was stört mir da ein elektrischer Herd?

Mit all diesen Schwierigkeiten ist man fertig geworden in Bietzen, und das bedeutet schon sehr viel. Man hat zu weichen verstanden, hat sich gute Vertreter heran, hat sich ein ausgezeichnetes Bild für die Marke: ein die



Elektrizität betones Omega (das Zeichen für Ohm, das während und während das heimischen Herdes.

Es kommt man in einen Betrieb, der wohl 75 Jahre alt ist, aber sich genau nach dem nicht, was heute verlangt wird. Trotz der Vielfalt der Typen ist es gelungen, in die Vielfalt umzuorganisieren.

Es ist zwar nicht ein Band, das läuft, sondern man setzt den Roboter des Herdes auf ein Wasserloch mit Rollen und jeder Arbeiter, der mit seiner Arbeit fertig ist, schickt er den nächsten Kameraden zu. Obwohl hier nicht das Band das Tempo bestimmt, läuft die Arbeit kontinuierlich fort. Durch die Arbeit an der Montagestraße angelegte Lässer der einbaubereiten Teile wird jeder unnütze Gang vermieden.

Wie vielfältig die Produktionsvorgänge sind, erzieht sich wenn wir chronologisch die Fabrikation verfolgen. Am Anfang steht die Anfertigung der Werkzeuge. Sowie für die großen Pressen und Stanzen, als auch die Formen für die Gießerei werden hier alle im eigenen Betrieb hergestellt. Hier ist auch der größte Teil der Qualitätsarbeit konzentriert. Die übliche Fertigung ist so durchorganisiert, daß die Arbeit von anspruchsvollen Menschen geleitet werden kann.

In der Gießerei werden die Formen mit Sand gefüllt. Der auch erst im Werk aufbereitet wird: dem roten Sand werden Rindensand und Bindemittel zugeführt, und ein extra Kleinstall-Laboratorium sorgt für gleichmäßige Qualität. Der Sand wird festgestempelt, die beiden mit Sand gefüllten Formteile aufeinandergelegt und jede dieser Gruppen treppenförmig aufgesetzt, damit hintereinander gegossen werden kann. Inzwischen wird in einer Art kleinem Hochofen das Eisen zusammengebraut, aus Marmor, Schrott, Hochofenabgasen und anderen Zusätzen. Dann wird abgeseiht und in kleinen Eimern wird das glühende Eisen in die Formen transportiert und hineingeschüttet.

Die Nachtschicht mischert die Sandformen, bereitet den Sand für die

schöne Tischplatte vor und bringt die fertigen Gußteile in die Werkstatt, wo sie geschliffen und poliert werden.

Die Teile die emalliert werden müssen, gehen erst zur Entfettung durch ein Stürzbad, erhalten dann eine Grundemallierung und dann eine doppelte Emallierung in Eifenblaufarbe. Auch die Emallieröfen haben eine Fließvorrichtung. Die Blöcke werden an einem Ende aufgelegt, gehen durch den Ofen hindurch und kommen an dem anderen Ende fertig heraus. Die Blöcke, die vorgeformt worden müssen, gehen in die Halle, in der die großen Pressen stehen. Die meisten größten davon sind nach dem Krieg angeschafft, und stehen den größten Pressen in der Automobilindustrie nicht nach. Hier werden die Bleche zu Rumpfen und Türen kalt gezogen, an kleineren Maschinen werden die Fülle und die vielen kleinen Winkel gezogen, werden die Läder ausgewalzt und gebogen.

Nun will aber die Hausfrau auch gerne noch die Beschaltete (Elektroherde, Größe usw.) vernachlässigen. Dazu müssen die Bauteile nach der mechanischen Vorbearbeitung erst einmal gut poliert werden, dann werden sie in ein silbernes Kufenbad getaucht, dann wieder poliert und schließlich in das Verklüppelbad (abgebildet) getaucht. (Die Bilder sind große runde Becken, über denen ein starrer Kran verläuft. Die Einzelteile hängen und so verfahren bzw. verwickelt werden, während sich dieser Kran langsam dreht.) In einer besonderen Werkstatt werden für die Elektroherde die Mulden vorbereitet mit ihren vielen elektrischen Apparaturen, die kommen fertig zum Einbau herunter zur Montage.

Bei dem Gang durch die Fabrikräume und aus der Unterhaltung konnte man die Empfindung der Produktion genau feststellen. Die Gießerei, die außerhalb des Hauptwerkes liegt, ist



Kohlenherde geben ihrer Vollendung entgegen.

viel zu klein; die Emallieröfen reichen nicht aus, so daß vorläufig noch außerhalb des Hauses Emallieröfen in Auftrag gegeben werden müssen - und wieder andere Teile des Betriebes reiben bei jetzt aus. Soll man hören oder soll man nicht hören, wird sich der Absatz steigern, das sind die Fragen, die man sich heute in Bietzen vorlegt. Einmal liegt das Werk mitten im Ort, begrenzt von der Straße auf der einen und der Eisenbahn auf der anderen Seite. Fabriken links und Wohnhäuser rechts. Also muß man „vor die Tür gehen“. Das ist ein Risiko.

Aber was macht den Unternehmer? Antwort: Das Risiko. H.

Deutsche Börsen

Frankfurt

AGD	36.12	36.11	6.12	35.11
Dow Jones	125.4	123.8		
Für Industrie	323.8	323.3		
Für Kaufkraft				
NEW YORK: sehr fest				
Für die Kursentwicklung an der New Yorker Wallstreet war in der Berichtwoche die Beilebung des Konfliktes im US-Büchschlöfbergbau und in der Stahlindustrie sowie verschiedene günstige Ertragserwartungen ausschlaggebend. Schon gleich am Montag dieser Woche wurden, mit 1946 nicht erreichte Höchststände erzielt. Die Umkäufe waren außerordentlich lebhaft, sie erreichten mit 1.800.000 Stück eine seit langem nicht dagewesene Höhe. Hierbei in der ersten Börsensitzung wurden über 700.000 Stück gehandelt. Lediglich General Electric Corporation beteiligen sich am Markt für Industrieerträge nicht an der allgemeinen Aufwärtsbewegung, weil die Gesellschaft der Verletzung des Anti-Trustgesetzes durch Verschulden weichen ist. Etwas zur Wochenmitte verlagernte sich die ansteigende Bewegung, was ein Anzeichen war, daß sich die Kurse zu konsolidieren begannen. Die Großindustriel sind bis zum Wochenende ziemlich fest. Besonders Gewinnunternehmen sowie in der Verwoche mit 1.7 Mrd. kWh weit dem vergrößerten Januar ihren höchsten Wochenstand erreichte. Gegen Wochenende bildete sich eine unheimliche Fälligkeit heraus, für die die üblichen Gießereien zum Wochenende und der Hinweis des Leitens des Budget-Amtes der USA, daß er keine Möglichkeit sehe, den Staatshaushalt der USA im nächsten Jahre auszugleichen, so - denn auf dem Wege über eine Steuererhöhung, unendlich waren. Zeitweilig zeigte sich am 5. November ein leichter Verkaufdruck, der für die Börse das unmittelbare Ergebnis gab. Durchschnittskurse für: 3.12.48 6.12.48				
30 Industriewerte	100.83	104.80		
20 Eisenbahnwerte	92.29	95.37		
40 Industriebank	99.94	100.20		
15 Versorgungsbetriebe	30.52	31.20		
Moody's Index	346.5	345.5		

Börsenkurse

AGD	36.12	36.11	6.12	35.11
AGV	125.4	123.8		
Für Industrie	323.8	323.3		
Für Kaufkraft				

Börsenkurse

AGD	36.12	36.11	6.12	35.11
AGV	125.4	123.8		
Für Industrie	323.8	323.3		
Für Kaufkraft				

Börsenkurse

AGD	36.12	36.11	6.12	35.11
AGV	125.4	123.8		
Für Industrie	323.8	323.3		
Für Kaufkraft				

Abonnieren Sie unser Blatt
und geben Sie uns damit die Möglichkeit, Sie laufend über die interessantesten und neuesten wirtschaftlichen Ereignisse in aller Welt zu unterrichten.

An die **"WIRTSCHAFTSREVUE"** Karlsruhe, Valdenstraße 35

Bestellschein
Liefere Sie mir / uns die **"WIRTSCHAFTSREVUE"** Unabhängiger Europäische Wochenchrift

1948 durch die Post unter Streifenband zum Monatsbezugspreis von DM 2,-

a) laufend b) für 1 Probenmonat

Name / Firma
Beruf - Branche
Ort und Straße
Datum
Zustimmung

die andere Seite. Dazu kommen für die Landwirtschaft noch die Elektro-Pumpenhersteller und Brotbacköfen.

Wie bringt es ein Unternehmen mittlerer Größe, singen in einem beliebigen Raum, fertig, ein solches Produktionsprogramm rational durchzuführen? Diese Frage ist leicht beantwortet: wenn man zwei Tatsachen herausstellt: Die ausreichende Führung des Betriebes und das Herstellen eines



Ein Herd-Kopf wird geprüft

rote Blech über das Anschlussblech angeklebt. Alles andere wird im Werk selbst erarbeitet. Nur die elektrischen Kochplatten und weitere kleine Spezialteile, die eine langjährige Sondererfahrung in der Produktion erfordern, werden fertig gekauft. Jedoch auch das werden immer wieder Versuche gemacht, noch mehr Einzelteile im Betrieb selbst zu entwickeln und zu produzieren. Man steht auch in dieser Hinsicht dort nicht still.

Zwei Krisenpunkte mußten in den vergangenen 14 Jahren überwunden werden: Einmal die Umstellung von einem einzigen Herdtypen auf eine Vielzahl von Herdtypen und neuen Herdformen; sodann eine Absatzkrise auf dem Elektroherd-Markt.

Auch diese Herdfabrik mußte die Erfahrung machen, die wir seit der Währungsreform in Deutschland auf allen Gebieten machten: Der deutsche Käufer kauft im allgemeinen nicht Standardtypen, sondern kauft mit individuellen Wünschen und Geschmack. Er kauft zudem nur Qualität. Gegen die wirtschaftsrationalen Überzeugung, dem Kunden die möglichst größten Preisvorteile zukommen zu lassen, müßten mit dem Aufwand großer Mittel neue Typen und Ausführungen geschaffen werden, was budgetärerem die Produktion komplizierte und verhinderte, die Vorteile rationaler Fertigung in Form niedrigerer Preise dem Markte zusteuern zu lassen. Neff produziert heute von dem billigsten und einfachsten, aber zumeist Herd bis zum kompliziertesten und besten Silberherd wieder alle Typen, die der Markt verlangt, und der Herdhandel kann ein Lied davon singen, welche Sonderwun-

Erbschür- u. Brunnenbohrgeräte „Jalsa“
eigener Bauart, aus
der neue Filterbrunnenbohrer
Alliedingen Friedrich Wahrenberg, 4497 1913, (194) Ansbach-Changau

Dampfloks 600 mm Spur 80/73 x 90 Pz
Turmdrehkräne bis 20 t Anschlag-
2000 kg Infratrot zu variieren
Anfrage erlösen an **O. Ch. Bédicker**,
Fab.- u. Maschinenbau
Bismarckstraße 36

ACHTUNG!
Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue, KARLSRUHE
Valdenstr. 35 - Telefon 9384

AUSLIEFERUNGSLAGER
Übernehmen zum 1. Januar 1950. Bis 400 qm trockene, helle, zu ebener Erde gelegene Räume in Fürth/Bay., gesch. Personal vorhanden.
Angebote unter Nr. A 1154 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Valdenstr. 35

Ich suche Teilhaber (in)
mit einer Branche. Stelle dagegen Wohnung, Büro, Industriestadt im Schwarzwald an alleinständige Personlichkeit zur Verfügung. Es kommen nur ganz seriöse, gut fundierte Untersuchungen in Frage.
Offerten unter Nr. A 1155 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe i. B., Valdenstr. 35



Der Dauerbest-Silberherd; der Stahl der Firma Neff auf dem Gebiet der Haushaltsgeräte